

4 Die Kurdenfrage im Irak zwischen 2003 und 2018

Das 21. Jahrhundert begann für den Irak und die Kurdenfrage ähnlich wie das 20. Jahrhundert tumultuös. Denn in beiden Epochen gerieten die Kurden in den Fokus einer Weltmacht und standen vor grundlegenden Veränderungen – mit dem Unterschied allerdings, dass die kurdischen Fraktionen zu Beginn der 2000er Jahre bereits eine Verwaltung in den Kurdengebieten aufgebaut hatten und ein wesentlicher Machtfaktor im Irak waren. Entsprechend hatten insbesondere die DPK und die PUK im Jahr 2003 nicht nur mehr als elf Jahre Erfahrung im Bereich der Regierungsführung und der politischen sowie militärischen Auseinandersetzungen, sondern verfügten auch über ihre Peschmerga-Einheiten und gute Beziehungen zu Washington. In Anbetracht dessen, dass sie auch ihre internen Streitigkeiten unter amerikanischem Druck beseitigen konnten, waren die DPK und die PUK für die bevorstehende Neugestaltung des Irak gut vorbereitet. Das zeigen auch ihre Präsenz in den USA und ihr Einfluss auf die Vorbereitungsphase des Krieges im Irak. So wurden Jalal Talabani und Masud Barzani bereits im März 2002 nach Washington eingeladen, um sich mit Vertretern aller wichtigen politischen und militärischen Organe des Landes zu treffen. Das Ziel des Besuches und weiterer Reisen in die USA mit anderen irakischen oppositionellen Gruppierungen war, sich auf den Krieg und die Nachkriegsära im Irak vorzubereiten (Rashid 2017a, 363).

Auch auf der Konferenz der irakischen oppositionellen Gruppierungen in London am 14. und 15. Dezember 2002 setzten die kurdischen Vertreter ihre Forderungen durch: Nach dem zweitägigen Meinungsaustausch gab die Opposition eine Erklärung ab, in der sie für den zukünftigen Staat Irak ein demokratisches und föderalistisches politisches System vorsah (Barzani 2020, 46–47). Genau das war die Bedingung von Talabani und Barzani für die Unterstützung des amerikanischen Vorhabens im Irak (Barzani 2020, 46–47; Rashid 2017a, 363). Der Föderalismus gewann bei den kurdischen Gruppierungen ab dem Jahr 2000 an Bedeutung, weil sie mehr Einfluss auf Bagdad ausüben und die Grenzen der kurdischen Region im Irak festlegen wollten. Zuvor hatten die kurdischen Parteien eine Autonomie für die Kurden im Irak gefordert, weil ihre Position nicht stark genug war, um Föderalismus oder gar das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden zu

beanspruchen. Was die kurdischen Fraktionen unter Föderalismus verstanden, beschreibt Jalal Talabani wie folgt:

«Föderalismus heisst für mich, dass das irakische Kurdistan mit seiner geografischen Lage, die von den Hamrin-Gebirgen bis zum Ende des Tigris-Flusses reicht [damit werden Kirkuk und andere «umstrittene Gebiete» inkludiert], unter die Kontrolle einer kurdischen Verwaltung gebracht wird. Diese Verwaltung muss dann von der kurdischen Bevölkerung gewählt werden und die Verfügungsmacht über alle inneren Angelegenheiten haben. Die Zentralregierung soll nur über die Sachverhalte des Präsidiums, der Armee, der auswärtigen Angelegenheiten und der allgemeinen Finanzen verfügen. Alle anderen Kompetenzen sollen dann bei der föderalen Regierung [der kurdischen Regierung] liegen. Das verstehe ich unter Föderalismus» (Rashid 2017a, 367–368).

Auf diese Weise gaben die kurdischen politischen Parteien zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Irak vor, wie der Irak politisch neu gestaltet werden sollte. Gleichzeitig intensivierten die Amerikaner und die Briten ihre Bemühungen um die Gunst der Weltgemeinschaft für ihre baldige militärische Offensive gegen das irakische Regime. Auch die schiitischen Gruppierungen, die genauso wie die Kurden sowohl im irakischen Königreich als auch in der irakischen Republik weitgehend von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen waren, bekamen die Gelegenheit, die Geschichte des Irak neu zu schreiben. Denn bis zum Jahr 2003 wurde der Irak von sunnitischen Arabern, die mehrheitlich eine militärische Laufbahn hatten, dominiert – das zeigt unter anderem die Anzahl der Premierminister- und Ministerposten, die sie innehatten (Markaz al-ʿIrāqy Lilmaʿlumāt Wa al-Dirāsāt 2007, 13 ff.).

4.1 Sturz des Saddam-Regimes im Jahr 2003

Die Beziehungen zwischen dem irakischen Regime und den USA verschlechterten sich zwischen 1991 und 2003 kontinuierlich, weil die Bagdader Regierung grösstenteils nicht bereit war, mit dem UNO-Sicherheitsrat zu kooperieren. Entsprechend waren die Amerikaner vom Anfang des Irakkonfliktes bis zu dessen Ende die Kraft, die konsequent gegen die irakische Regierung vorging. In den 1990er Jahren wurden nahezu alle Mittel – darunter ein dreitägiges Bombardement im Jahr 1998 – eingesetzt, um das irakische Regime zur Kooperation zu bewegen. Aus einer Abrüstung, die

höchstens ein Jahr dauern sollte, wurden über zwölf Jahre. So gesehen kann die amerikanische Entscheidung, militärisch gegen den Irak vorzugehen, nicht als unbegründete und willkürliche Kriegsführung der Hardliner (Falken) betrachtet werden. Der Plan für eine kriegszerstörerische Auseinandersetzung mit dem Irak und für die Beseitigung des irakischen Regimes dürfte früher als 2003 gefasst worden sein. So wurden in den USA die ersten Überlegungen für einen neuerlichen Angriff gegen den Irak im Zuge des *«war on terror»* bereits am Nachmittag des 11. September 2001 dokumentiert (Woodward 2004, 24). Der tatsächliche Militärschlag gegen das Bagdader Regime durch die *«Koalition der Willigen»* unter der Führung der USA erfolgte allerdings erst am 20. März 2003.

Die Pläne der Bush-Administration, den Irak anzugreifen, entfachten jedoch nicht nur eine grosse Protestwelle im Ausland, sondern brachten auch die Beziehungen zwischen den westlichen Verbündeten aus dem Gleichgewicht, und die Rolle der Vereinten Nationen und des Völkerrechts wurde auf eine harte Probe gestellt (Hippler 2003, 15). Die Amerikaner führten den Krieg gegen den Irak unter anderem ohne UNO-Mandat und ohne Unterstützung Frankreichs und Deutschlands. Der Angriff wurde dementsprechend je nach medialer Grosswetterlage anders interpretiert und mit widersprüchlichen Begründungen präsentiert: Sturz des Despoten, Beseitigung von Massenvernichtungswaffen, Kreuzzug gegen das Böse und Kampf für das Gute, für Demokratie, Gerechtigkeit, Wohlstand, für den Nahen Osten und die ferne Zukunft gleich dazu (Assheuer 2004, 61). Das Argument der Verwandlung des Irak in eine Demokratie, die als Modell für den Rest der Region dienen sollte, gewann allerdings vermehrt die Oberhand, nachdem Washington keine Massenvernichtungswaffen gefunden hatte, die eigentlich zur Legitimierung der Invasion des Irak gedient hatten: *«By helping Iraqis build a democracy, we will inspire reformers across the Middle East. And by helping Iraqis build a democracy, we'll bring hope to a troubled region, and this will make America more secure in the long-term»*, so der US-amerikanische Präsident George W. Bush im März 2006 (President Discusses Freedom and Democracy in Iraq 2006).

«Mission accomplished» – mit diesen Worten erklärte Bush am 1. Mai 2003 den Krieg gegen den Irak für erfolgreich beendet und den bisherigen Präsidenten Saddam Hussein für entmachtet. Über 30 Jahre eiserne Herrschaft der Baath-Partei, der erste und zweite Golfkrieg, dreizehn Jahre Wirtschaftsembargo der UNO sowie der dritte Golfkrieg im Jahr 2003 führten allerdings dazu, dass es im Irak beim Sturz des Bagdader Regimes an einer funktionierenden Gesellschaft, zivilgesellschaftlichen Or-

ganisationen, in der Bevölkerung verankerten Parteien, Infrastruktur und einer landesweiten Armee fehlte. Diese Rahmenbedingungen, die Rückkehr verschiedenster Parteien aus dem Exil, das Misstrauen der irakischen Zivilbevölkerung gegenüber den USA, der Einfluss von Nachbarstaaten des Irak auf die Parteien und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes sowie die dürftige Zusammenarbeit der Parteien und deren Argwohn gegeneinander waren von Beginn an grosse Herausforderungen für Washington im Irak. Diese Faktoren stärkten allerdings die Position der kurdischen Gruppierungen zusätzlich, weil die kurdischen Parteien unter anderem eine sichere Basis in den kurdischen Gesellschaften hatten und die kurdische Region sich unabhängig vom restlichen Teil des Irak entwickelte. Die Beseitigung der irakischen Zentralregierung war demnach eine grosse Chance für die Kurden, sich sowohl in der ARK als auch im Irak besser und stärker zu positionieren. Was die kurdische Zivilbevölkerung im Irak anbelangt, so war sie den USA gegenüber positiv gesinnt und brachte im April 2003 in einer Umfrage zum Ausdruck, dass sie eine direkte Herrschaft Washingtons über den Irak begrüssen würde (Hawlati, 16.04.2003, 119, 1).

4.2 Die Verwaltung des Irak zwischen 2003 und 2005

Nach dem Sturz des irakischen Regimes übernahmen die Amerikaner ähnlich wie die Briten zu Beginn des 20. Jahrhunderts direkt die Macht im Irak. Amerikanischer Verwalter wurde im April 2003 der pensionierte Korpskommandant Jay Garner, der jedoch bereits im Mai durch Paul Bremer ersetzt wurde. Der UNO-Sicherheitsrat nahm am 22. Mai 2003 mit der Resolution 1483 die Machtübernahme der Koalition zur Kenntnis und hob die früheren Resolutionen in Bezug auf den Irak auf (Resolution 1483, 2003). Die als Übergangsverwaltung der Koalition (Coalition Provisional Authority, CPA) bekannte Regierungsführung im Irak wurde der mächtigste Entscheidungsträger des Landes und gab sehr früh einige Verordnungen bekannt, die dem Irak nachhaltig schaden und oft in der Literatur kritisiert wurden: So verfügte die CPA im Rahmen der De-Baathifizierung des Irak die Entfernung aller Mitglieder der Baath-Partei aus leitenden Positionen des Staates, löste die irakischen Streitkräfte auf und führte im Juli 2003 anhand eines ethnisch-konfessionellen Proporzes den «irakischen Regierungsrat» ein. Während die ersten zwei Entscheidungen nach sich zogen, dass grosse Teile der sunnitisch-arabischen Bevölkerung ihre Existenz verloren und sich in der Folge vom neuen irakischen Staat nach der

Saddam-Hussein-Ära abwandten, hatte die CPA keine andere Wahl, als Vertreter aus verschiedenen Volksgruppen und religiösen Ausrichtungen für die Regierungsführung des Irak auszuwählen. Denn die acht Dekaden der sunnitisch-arabischen Herrschaft über den Irak hatten eine nachhaltige Nationenbildung verhindert. So schlug im Jahr 2003 die Stunde null, und die Angehörigen der «Koalition der Willigen» standen vor einer Situation wie im Jahr 1918, als die Briten die Stadt Bagdad betraten und später die osmanische Verfügungsmacht über den Irak beendeten.

Der «irakische Regierungsrat» bestand aus 25 Personen: fünf Kurden, fünf sunnitischen Arabern, 13 schiitischen Arabern, einem Turkmenen und einem Christen. Dr. Mahmud Othman, damals kurdisches Mitglied dieses Rates, beschreibt das amerikanische Handeln im neuen Irak wie folgt:

«Wer nach Saddam an die Macht kam, waren die Amerikaner, für ein Jahr und zwei Monate. Sie haben den Irak direkt unter Bremer und den anderen regiert. Das war meiner Meinung nach ein Fehler. Denn Bremer kannte den Irak zuvor nicht und hatte nicht einmal vom Irak gehört. Er war sehr schlecht, und sein Chef in den USA war Rumsfeld, der Militärmann war und nichts über den Irak wusste. Bush wusste auch nicht viel über den Irak. Wir waren dementsprechend wie in einem Militär-Camp unter dem Kommando des [amerikanischen] Verteidigungsministeriums. Das war ein fataler Fehler der Amerikaner. Nach diesem Jahr und zwei Monaten haben sie die irakische Übergangsregierung aufgebaut und später wurde das Parlament gewählt usw. Aber von Beginn an gab es sehr viele Fehlentscheide, die bis heute den Irak beeinflussen: Sie haben es nicht geschafft, eine Generalamnestie auszusprechen oder eine nationale Versöhnung für die Bevölkerung zu starten – so wie wir nach dem Aufstand von 1991. Wir haben damals eine Generalamnestie ausgesprochen und eine nationale Versöhnung gestartet. Leute, die uns 20 bis 30 Jahre bekämpft haben, wurden begnadigt, den Armeeangehörigen oder anderen Personenkreisen haben wir auch nichts angetan. So haben wir einen gewissen Frieden für die Bevölkerung geschaffen» (siehe Anhang 4).

Trotz einiger Fehleinschätzungen der amerikanischen Verwaltung im Irak gelang es ihr, mit den schiitischen, kurdischen und einigen Elementen der sunnitischen Einheiten im März 2004 ein Gesetz für die Übergangszeit zu verabschieden (Coalition Provisional Authority 2004). Artikel 4 dieses Gesetzes hielt fest, dass die Regierungsform des Irak ein republikanisches, föderalistisches, demokratisches und pluralistisches System sei. Die Macht sollte demnach zwischen der föderalistischen Regierung, den Regierungen

der Regionen, der Provinzen sowie der Gemeinden und den lokalen Administrationen geteilt werden (ebd.). Zudem wurde die ARK in Artikel 52 offiziell anerkannt. Das Gesetz sah in den weiteren Artikeln umfassende Rechte für die Kurden im Irak vor. Das war bis anhin die grösste Errungenschaft für die kurdisch-nationalistischen Bewegungen im Irak. Entsprechend glücklich zeigten sich sowohl die Zeitungen «Xebat» und «Kurdistanî Nwe» als auch teilweise «Hawlatî» im März 2004 über den neuen Irak (Xebat, 02.03.2004, 1375, 1; Kurdistanî Nwe, 09.03.2004, 3314, 1; Hawlatî, 03.03.2004, 163, 1). «Hawlatî» allerdings zeigte sich weniger euphorisch als die zwei Zeitungen der DPK und der PUK, die das Gesetz feierten und allen Menschen im Irak und in Kurdistan diesbezüglich gratulierten. Salahadin Bahadin ist der Ansicht, dass die Kurden «zentral dazu beitrugen, dass die irakische Verfassung im Jahr 2005 entstanden ist» (siehe Anhang 5).

Da das Gesetz für die Übergangszeit in den Artikeln 2 und 61 vorsah, dass die Macht anhand eines festen und engen Zeitplans an die Iraker übergeben werden und eine Parlamentswahl bis spätestens Januar 2005 stattfinden sollte (Coalition Provisional Authority 2004), lösten sich sowohl die Übergangsverwaltung als auch der Regierungsrat im Juni 2004 auf, nachdem im gleichen Monat die vorläufige irakische Regierung unter der Führung des säkularen schiitischen Politikers Iyad Allawi ihre Arbeit aufgenommen hatte. So konnte der politische Prozess trotz chaotischer Zustände, schlechter Sicherheitslage und Feindschaften zwischen verschiedenen Gruppierungen fortgeführt und ein Demokratisierungsversuch des Irak in Gang gesetzt werden. Die kurdischen Gruppierungen erhielten verschiedene Posten sowohl in der Regierung als auch in der Staatsführung. So ging die Macht wieder an die Iraker, die mit einer Neuordnung unter Beteiligung aller Gruppen beginnen sollten. Ende Januar 2005 konnte schliesslich eine provisorische Nationalversammlung gewählt werden, die im April Jalal Talabani zum Staatspräsidenten wählte.⁴⁵ Die DPK und die PUK, die mit einer gemeinsamen Liste bei diesen Wahlen antraten, bekamen mehr als 70 Sitze des 275 Sitze umfassenden irakischen Repräsentantenhauses. Die «Vereinigte Irakische Allianz», die alle bedeutenden konservativen und religiösen schiitischen Gruppierungen vereinte, gewann die Wahlen mit

45 Ein strategisches Abkommen zwischen der DPK und der PUK führte dazu, dass Jalal Talabani den Posten des Präsidenten des Irak bekam und Masud Barzani denjenigen der ARK. Dadurch konzentrierte sich die PUK mehr auf den Irak, während die DPK ihre Macht in der ARK konsolidieren wollte. Zudem vereinbarten beide Parteien, sowohl im Irak als auch in der ARK mit einer gemeinsamen Liste bei den Wahlen aufzutreten.

über 130 Sitzen. Seitdem steht den Schiiten der Posten des Premierministers, den Kurden derjenige des Staatspräsidenten und den sunnitischen Arabern jener des Parlamentspräsidenten zu. Die Postenverteilung ist allerdings nicht nur ein Resultat der Wahlen, sondern das Ergebnis einer politischen Abmachung zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Irak.

Am 23. Mai 2005 gab dann das offizielle irakische Amtsblatt, «al-Waḡʿi al-ʿIrāqyya», in der Nummer 3998 die Namen der Mitglieder der irakischen Übergangsregierung unter der Führung von Ibrahim al-Jaafari bekannt. Die kurdischen Gruppierungen erhielten unter anderem den Posten des Aussenministers und des Vizepremierministers. Diese Parlamentswahl bekam allerdings nicht nur den Gegenwind der sunnitischen Araber, sondern auch jenen der kurdischen Zivilbevölkerung, Intellektuellen und kurdisch-nationalistischen Politikerinnen und Politiker zu spüren. Eine Kampagne der kurdischen antiirakischen Fraktion, die im Jahr 2004 startete, führte schliesslich dazu, dass die Kurden im Nordirak im Januar 2005 nicht nur über die Wahlen im Irak, sondern auch über ein Referendum für ein unabhängiges Kurdistan abstimmten. Über den Verlauf und die Vorbereitungen für eine mögliche Abspaltung des irakischen Kurdistan vom Irak fasst Dr. Mahmud Othman seine Erfahrungen wie folgt zusammen:

«Wir haben bereits 2004 und 2005 ein Referendum abgehalten. Im Jahr 2004 haben wir 1 750 000 Unterschriften für die Unabhängigkeit gesammelt und das Verfassungskomitee hat sie mit zwei LKWs nach Bagdad gebracht. Die Amerikaner und die UNO haben sie aber nicht beachtet, weil es ihrer Ansicht nach keine Aufsicht seitens der UNO gab. Im Jahr 2005 haben wir in Kurdistan parallel zu den irakischen Parlamentswahlen darüber abstimmen lassen, ob die Bevölkerung Teil des Irak sein will oder die Unabhängigkeit möchte. 98,6 Prozent der Leute wollten die Unabhängigkeit» (siehe Anhang 4).

Somit war der Neustart des politischen Prozesses im Irak, der unter anderem mit den Kurden und den schiitischen Arabern vorangetrieben werden sollte, mit internen und externen Schwierigkeiten konfrontiert. Dennoch konnte ein Komitee die Arbeit für den Entwurf einer Verfassung im Irak aufnehmen. Dr. Mahmud Othman, der bei der Entstehung dieser Konstitution mitwirkte, geht wie folgt auf die Bemühungen um ein irakisches Grundgesetz ein:

«Wir waren 55 Personen, Kurden, Schiiten, Sunniten und Experten, die als Verfassungsrat die Verfassung geschrieben haben. Es hat einige Monate gedauert, und es war nicht einfach, sie zu schreiben. Nach dem Sturz von Saddam gab es das Transitional Administrative Law (TAL), danach wurde die irakische Verfassung, die aus 144 Artikeln besteht, geschrieben. Es war schwierig, zu einem Konsens zu gelangen, weil die Kurden, die Schiiten, die Sunniten, die Turkmenen und die Christen alle ihre Forderungen durchsetzen wollten. Trotzdem haben wir es geschafft, und ich sehe die irakische Verfassung als eine Errungenschaft für den Irak und zum Teil auch für uns Kurden. Es hat einige Zeit gedauert, bis wir sie geschrieben haben, weil wir alle föderalistisch verfassten Staaten angeschaut haben, um zu verstehen, wie sie zustande gekommen sind» (siehe Anhang 4).

Salahadin Bahadin beschreibt die Verfassungsarbeit folgendermassen:

«Zweifelsohne ist das Vorhandensein einer Verfassung eine wichtige Säule der Rechtsstaatlichkeit und der Verwaltung eines Landes. Auch dient sie der Regelung der Beziehung zwischen den Bürgern und dem Staat. Zu diesem Zweck haben wir im Regierungsrat zwei Dinge getan: Zum einen wurde das Übergangsverwaltungsrecht (Transitional Administrative Law) bis zur endgültigen Festschreibung der Verfassung verabschiedet, und zum anderen wurde die Verfassung, die im Grossen und Ganzen gut ist, ausgearbeitet und am 15. Oktober 2005 in einer Abstimmung mit über 80 Prozent der Stimmen im ganzen Irak angenommen» (siehe Anhang 5).

Dr. Kawe Mahmud sieht die Dinge hingegen anders und hat eine andere Interpretation für die Entstehung der irakischen Verfassung:

«Die irakische Verfassung ist selbst ein Problem. Die irakische Verfassung kann die Probleme des Irak nicht lösen. Die irakische Verfassung ist unter anderem dank eines Konsenses zwischen den Amerikanern und den Iranern über die Zukunft des Irak unter Berücksichtigung einiger Standpunkte verschiedener Gruppierungen im Irak entstanden. Die Kurden wurden auch für die Verfassung gewonnen, weil man einige ihrer Forderungen erfüllt hat. Aber die Verfassungstexte wurden so unscharf formuliert, dass man sie unterschiedlich interpretieren kann» (siehe Anhang 6).

Derselben Meinung ist Mahmud Raza Amin, der später unter anderem Mitglied des irakischen Parlaments wurde. Er ist der Ansicht, dass die Annahme der Verfassung, die mit den Stimmen von drei Provinzen hätte abgelehnt werden können, nur durch eine Fälschung der Ergebnisse zustande gekommen sei, weil die drei sunnitisch-arabischen Provinzen des Irak – Mossul, al-Anbar und Selahaddin – sie abgelehnt hätten. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass sich die Religion und die schiitischen Oberhäupter in die Politik einmischten und somit dem Demokratisierungsprozess schaden:

«Am Anfang war die Idee, dass der Regierungsrat, bestehend aus 25 Personen, mit Unterstützung der Amerikaner und der Alliierten den definitiven Verfassungsentwurf fertigstellt. Danach hat aber die Instanz, Ali al-Sistani⁴⁶, eine Fatwa erlassen, die besagte, dass die Verfassung nur von den Irakern entworfen werden darf. Diese Fatwa wurde zur politischen Realität und die Verfassung wurde von den irakischen Experten fertig geschrieben. Die Sunniten haben dann die Abstimmung boykottiert und die Schiiten sowie die Kurden haben sie gefälscht, damit die Verfassung mit über 85 Prozent der Stimmen angenommen werden kann» (siehe Anhang 12).

Ebenso argumentiert Salam Abdullah, der Chefredakteur von «Xebat», der die Einmischung der Religion in die Politik harsch kritisiert:

«Für was braucht man in einem Land eine Instanz, wenn es ein Parlament und andere staatliche Strukturen gibt? Kann der Papst einen europäischen Staat befehligen? Natürlich nicht. Aber dieser Mann, der in Najaf sitzt, kann alle Entscheidungen [die vom Parlament usw. verabschiedet werden] aufheben. Seine Worte stehen über den Worten von allen anderen. Ich glaube nicht, dass die Mehrheit der Iraker so ein System will. Auch nicht die Schiiten. Zwar wollen die schiitischen Parteien

46 Al-Sistani ist die höchste Instanz der Schiiten im Irak und seine Fatwas werden von den Schiiten befolgt. Da er ein hohes Ansehen hat, akzeptieren auch andere Gruppierungen seine Entscheidungen. Obwohl er 1930 in Iran geboren wurde, ist er gegen jegliche Einmischung Irans in die inneren Angelegenheiten des Irak. Deshalb hat er auch den Schiiten im Irak verboten, gegen die Kräfte der Alliierten zu kämpfen, während die einflussreiche schiitische Schule in der iranischen Stadt Ghom den Kampf gegen die Amerikaner für legitim erklärte. Säkulare Kräfte sehen jedoch in seiner institutionellen Rolle ein Problem, weil ihrer Ansicht nach in den Demokratien keine Instanz die Rolle eines über der Gewaltenteilung stehenden Oberhauptes einnehmen darf.

und Fraktionen ein solches System, weil sie unter dem Einfluss Irans stehen und sowohl religiös als auch konfessionell gleich eingestellt sind, aber nicht so die Bevölkerung» (siehe Anhang 8).

Am 15. Dezember 2005 kam es dann auf der Grundlage dieser irakischen Verfassung zur endgültigen Wahl des Repräsentantenhauses, das im März 2006 die provisorische Nationalversammlung ablöste. Dieser Urnengang, der wieder die «Vereinigte Irakische Allianz» zum Sieger machte und der gemeinsamen Liste von DPK und PUK über 50 Sitze bescherte, brachte im Juni 2006 mit Nuri al-Maliki einen religiös-konservativen Schiiten ins Amt des Premierministers, der lange in Iran gelebt hatte und der iranischen Regierung politisch nahestand. Weil zudem Jalal Talabani im Jahr 2005 als erster Kurde Präsident des Irak wurde, war der Machtübergang zugunsten jener gesellschaftlichen Gruppen offensichtlich, die über acht Dekaden hinweg kaum einen Einfluss auf die politischen Geschehnisse im Irak gehabt hatten und zwischen 1980 und 2003 vermehrt marginalisiert und unterdrückt worden waren. Somit konnte im Irak eine grundlegende politische Veränderung erfolgen, und zum ersten Mal in seiner modernen Geschichte wurden grösstenteils freie und demokratische Wahlen abgehalten.

4.3 Die Entstehung der irakischen Verfassung im Oktober 2005

Die Entstehungsgeschichte der irakischen Verfassung zeigt, dass diese ähnlich wie bei vielen anderen modernen Staaten ein Projekt der Eliten war. Zugleich konnten die Durchsetzung einer Gewaltenteilung und die Etablierung von mehr Spielraum für die ARK ihre Akzeptanz bei der kurdischen Zivilbevölkerung steigern. Das ist auch in Deutschland der Fall gewesen, als das Konzept des Föderalismus die gesellschaftliche Akzeptanz des Anliegens erleichterte (Langewiesche 2016, 52). Es waren jedoch nicht nur die Führungsriege der verschiedenen irakischen und kurdischen Gruppierungen, die die Idee einer möglichen Konsensdemokratie im Irak durchsetzen wollten, sondern auch die amerikanische Besatzungsmacht. Stran Abdullah, der Chefredakteur von «Kurdistan Nwe», fasst den Einfluss der fremden Mächte auf den Irak wie folgt zusammen:

«Als der erste irakische Staat in den 1920er Jahren aufgebaut wurde, war es Mode, dass der Staat zentralistisch ist. Das heisst, dass die Provinzen, die Regionen, die Städte, die Dörfer und die Kommunen von der Hauptstadt aus befehligt wurden. Das ist das englische Modell des Regierens,

und England hatte damals auch den Irak erobert. Entsprechend wurde im Irak ein zentralistischer Staat aufgebaut. Auch andere Länder der Region, wie die Türkei und Iran usw., waren zentralistisch. Aber das irakische Beispiel seit 2003 ist ein amerikanisches Modell. Das heisst, dass es ein System von unten nach oben ist. Entsprechend können alle Gesetzgebungen im Irak bis und mit der Entstehung der Verfassung als Söhne der amerikanischen Verfassung gesehen werden. So haben alle Provinzen ihre Vertreter geschickt, damit sie bei der Entstehung des Übergangsverwaltungsrechts (Transitional Administrative Law) und später der irakischen Verfassung mitwirken. Die irakische Verfassung wurde dann bei einer Abstimmung von einer klaren Mehrheit der Iraker angenommen. Im Irak wurde auf diese Weise sowohl das britische als auch das amerikanische Modell ausprobiert. Das amerikanische Modell wurde aber mit der Theorie des Niederländers [damit meint S. Abdullah Arend Lijphart] gemischt, damit ein[e] Konsens[demokratie] entsteht» (siehe Anhang 7).

Nun zeigt ein Blick auf die irakische Verfassung von 2005, dass der Irak gemäss Artikel 1 ein föderalistischer Staat ist, der als politisches System republikanisch, repräsentativ, parlamentarisch und demokratisch konzipiert ist (Iraq's Constitution of 2005). Artikel 2 Absatz 1 schreibt allerdings den Islam als Religion des Staates und als fundamentale Quelle seiner Gesetzgebung vor. Da jedoch im Irak die Schiiten und die Sunniten unterschiedliche Interpretationen des Islam als Religion vertreten, legt die Verfassung damit schon von Beginn an die Basis für Unklarheiten über die zukünftige Gesetzgebung. Weiter widersprechen sich die Buchstaben A und B des gleichen Artikels: Ersterer lehnt jegliche Gesetzgebung ab, die nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Islam steht, während Letzterer keine Gesetze akzeptiert, die den demokratischen Prinzipien entgegenstehen (ebd.). Hier zeigt sich ein Gegensatz, der unter anderem religiöse Minderheiten im Irak benachteiligt und kaum demokratisch ist. Mahmud Raza Amin sieht die Problematik der Verfassung wie folgt:

«Die Verfassung finde ich sehr gut, obwohl sie wie gesagt Mängel aufweist. So ist beispielsweise auch Artikel 2 mangelhaft. Denn er besagt im Absatz 1 [Buchstabe A] einerseits, dass der Islam die Staatsreligion und eine Grundlage der Gesetzgebung sei und dass kein Gesetz verabschiedet werden darf, das gegen die Vorschriften des Islam und seines Rechtssystems [der Scharia] verstösst. Andererseits besagt der gleiche Absatz [unter Buchstabe B], dass kein Gesetz verabschiedet werden darf, das gegen

die Prinzipien der Demokratie verstösst. Das ist ein grosser Widerspruch und das Ergebnis [der widerstreitenden Interessen] jener Gruppen, die religiös, nationalistisch, liberal usw. waren und an der Festschreibung der Verfassung teilgenommen haben. Diese Mängel – Artikel 2 und 49 und andere Kleinigkeiten – machen die Verfassung zwar merkwürdig, aber sie ist trotz alledem eine gute Verfassung» (siehe Anhang 12).

Die Verfassung garantiert die Rechte der Kurden und erkennt in Artikel 117 die ARK als eine föderale Region an. In Artikel 140 wurde vorgesehen, dass in den «umstrittenen Gebieten» (Kirkuk usw.) bis spätestens zum 31. Dezember 2007 ein Referendum abgehalten werden solle, damit die Bevölkerung ihren Willen äussern und ihre Forderungen artikulieren könne. Angespielt wird hier auf die Normalisierung der Lage, die Rückkehr der kurdischen Bevölkerungsteile, die zuvor vertrieben worden waren, in ihre ursprünglichen Wohngebiete und den Entscheid hinsichtlich der Zugehörigkeit dieser Regionen (wie in Artikel 58 des Übergangsverwaltungsrechts ausführlich beschrieben). Die kurdischen Gruppierungen wollten damit erreichen, dass diese Gebiete sich der ARK anschliessen. Die kurdischen Fraktionen in Bagdad konnten auch durchsetzen, dass die Verfassung nicht geändert werden darf, wenn im Rahmen eines Referendums zwei Drittel der Wähler von drei oder mehr Provinzen dagegen stimmen (Artikel 142 Abs. 4; siehe auch das Interview mit Dr. Mahmud Othman, Anhang 4). Somit hat die kurdische Region ein gewisses Vetorecht, weil sie aus drei Provinzen besteht und eine mögliche Änderung der Verfassung gegen ihren Willen blockieren kann. Entsprechend erfreut äusserten sich die Führungsriege der DPK und der PUK über die irakische Verfassung (Xebat, 16.10.2005, 1947, 1; Kurdistan Nwe, 19.10.2005, 3804, 1).

Eine grosse Schwäche der irakischen Verfassung ist allerdings (worauf auch Dr. Kawe Mahmud hingewiesen hat) die Konzeption der meisten ihrer Artikel, die so angelegt sind, dass sie einen aufschiebenden Charakter aufweisen und ein Gesetz für ihre Konkretisierung erforderlich ist. So bildet die Konstitution nicht einmal eine starke Grundlage für die zweite Kammer, die in föderalistischen und heterogenen Staaten die Voraussetzung für den Erfolg des Föderalismus ist und deren Funktionalität dort entsprechend in der Verfassung verankert ist. Vielmehr wurde auch die Festschreibung der gesetzlichen Basis für die Entstehung der zweiten Kammer die Aufgabe des Repräsentantenhauses, was einen Verstoss gegen die Grundprinzipien des Föderalismus darstellt (Artikel 65). Diese und weitere Schwächen des irakischen Grundgesetzes führten von Beginn an dazu, dass

sich weder «Hawlati» noch Teile der kurdischen oppositionellen Gruppen über die Verfassung freuten: «Als im Jahr 2005 der Verfassungsentwurf veröffentlicht wurde, war ich der Chef der Partei der Lösung und habe festgestellt, dass die Verfassung sehr mangelhaft ist. Kein einziger Artikel der Verfassung erkennt das kurdische Volk als eine Entität des irakischen Staates an. Für den Artikel 140 wurde ein Zeitraum für die Umsetzung vorgesehen. Verfassungsartikel dürfen nicht zeitabhängig gemacht werden. [...] Damals war ich der Meinung, dass uns der Irak mit dieser Verfassung alle Rechte in der ARK entziehen wird, wenn er wieder stark wird», so Dr. Faiq Gulpy (siehe Anhang 13). «Die Kirkuk-Frage wurde auf Ende 2007 verschoben. Jabar Qader: Der Verfassungsentwurf erwähnt nur zweimal die Kurden beim Namen. Nuri Talabani: Ein Ayatollah schrieb die Präambel», so titelte «Hawlati» kritisch über den Inhalt des irakischen Verfassungsentwurfes (24.08.2005, 238, 1).

Was die Konsensdemokratie betrifft, so wurden in der irakischen Verfassung einige Kriterien von Lijphart berücksichtigt; die wichtigsten allerdings, nämlich Dezentralisierung, Zweikammersystem und Proporzwahlssystem, fanden darin keine grosse Beachtung. Zwar wurde in Sektion 5 der Verfassung eine weitreichende Verfügungsmacht für die Regionen vorgesehen, aber auch dort sollte ein Gesetz die genauen Bedingungen der Regionbildung und der dezentralen Verwaltungsführung regulieren (Art. 118 und 122). Die zweite Kammer hatte wie erwähnt keine verfassungsrechtliche Grundlage, und auf das Wahlsystem wurde nicht spezifisch eingegangen. Artikel 49 Absatz 1 der irakischen Verfassung sieht nur vor, dass das Abgeordnetenhaus sich aus einer Zahl von Abgeordneten im Verhältnis von einem Sitz zu 100 000 irakischen Bürgern zusammensetzt und in einer allgemeinen, direkten und geheimen Wahl gewählt werden muss. Dieser Artikel ist ein weiteres Problem der Verfassung, weil sie keine Rücksicht auf die sozioökonomischen Faktoren nimmt. Dazu meint Mahmud Raza Amin: «Einer der Mängel ist beispielsweise Artikel 49 Absatz 1, der besagt, dass pro 100 000 Einwohner ein Vertreter ins Parlament gewählt werden darf. Das ist jetzt zu einem Problem geworden, weil die irakische Bevölkerung rasant wächst» (siehe Anhang 12).

Andere Bedingungen von Lijphart für eine Konsensdemokratie – wie ein Mehrparteiensystem, die Machtteilung in der Exekutive (Art. 66 ff.), ein ausbalanciertes Kräfteverhältnis zwischen der Legislative und der Exekutive (Art. 61 Abs. 8, Art. 76 Abs. 4. und Art. 78), die Verfassungsrigidität und die Verfassungsgerichtsbarkeit (Art. 13, 92, 126) sowie eine unabhängige Zentralbank (Art. 103 Abs. 1) – erfüllt die irakische Verfassung. Bezüglich

des Pluralismus-Korporatismus-Konzeptes ist festzustellen, dass sich im Irak im Laufe der Zeit kaum Verbände und Gewerkschaften herausgebildet haben. Entsprechend kann das Konzept auf den Irak nicht angewendet werden. Es ist jedoch zu erwähnen, dass die irakische Verfassung trotz ihrer teilweise mangelhaften Formulierungen eine der modernsten und demokratischsten Konstitutionen im Nahen Osten ist. Abu Bakir Karwany beurteilt sie so: «Die Verfassung ist trotz ihrer Mängel sehr gut. Sie ist eine der fortschrittlichsten Verfassungen in der Region und regelt grösstenteils das Verhältnis zwischen dem Staat und der Religion. Sie regelt auch die Frage des Föderalismus, der Neutralität der Armee und der staatlichen Verwaltungen sowie der Individual- und Zivilrechte» (siehe Anhang 9). Auch Taufiq Karim ordnet die Verfassung ähnlich wie Karwany ein: «Ich glaube, dass die irakische Verfassung sehr fortschrittlich und eine grosse Errungenschaft ist» (siehe Anhang 14).

4.4 Der kurdische Einfluss in Bagdad zwischen 2006 und 2010

Das Jahr 2006 begann mit Diskussionen über einen neuen Premierminister für den Irak. Talabani und Barzani lehnten die erneute Kandidatur von al-Jaafari ab, weil er unter anderem einen Besuch in der Türkei unternommen hatte, ohne den kurdischen Präsidenten Talabani und den kurdischen Aussenminister Hoshiar Zebary informiert zu haben (Hawlati, 01.03.2006, 263, 1). Auch der iranische Druck auf die beiden grossen Parteien, al-Jaafari für eine zweite Amtszeit zu unterstützen, führte zu keinem Ergebnis (Hawlati, 15.03.2006, 265, 1). Die kurdischen Kräfte setzten sich gemeinsam mit einigen sunnitischen Fraktionen durch und wählten Nuri al-Maliki zum neuen Premierminister des Irak. Masud Barzani und Washington nahmen dies positiv auf und sahen in ihm die Chance für die Durchsetzung des Föderalismus (Xebat, 21.05.2006, 2150, 1). Al-Maliki seinerseits sagte im Juli 2006 vor dem amerikanischen Kongress, dass die Zeiten der Zentralisierung im Irak vorüber seien und der Irak nun den Föderalismus belebe (Xebat, 27.07.2006, 2217, 1). Die DPK und die PUK konnten sich auch in der Frage der zukünftigen Flagge des Irak durchsetzen. Sie wollten nicht, dass die drei Sterne in der irakischen Fahne, die die Herrschaft der Baath-Partei und deren Leitsatz «Einheit, Freiheit und Sozialismus» symbolisierten, bestehen blieben. So griff das kurdische Parlament auf die irakische Flagge der Putschisten von 1958 zurück und liess sie über dem kurdischen Parlament neben der kurdischen Flagge wehen (Xebat, 09.09.2006, 2706, 1).

Eine Lösung wurde im Jahr 2008 gefunden, indem die drei Sterne entfernt wurden. Eine endgültige Abstimmung im irakischen Parlament über die heutige Fahne des Irak fand jedoch bis anhin nicht statt.

Die kurdischen Parteien DPK und PUK demonstrierten so ihre Macht im Irak, indem sie auch in den symbolischen Fragen des Landes die Oberhand gewannen. Möglich war ihnen dies – neben ihren guten Beziehungen zu den meisten Führungspersonen der irakischen Verwaltung, weil einige von diesen auf der Flucht vor dem Saddam-Regime im irakischen Kurdistan gelebt hatten – auch dank der Unterstützung aus Washington. Denn die USA hatten die Kurden als Verbündete im Irak, während die meisten schiitischen Gruppierungen unter dem Einfluss Irans standen und anti-amerikanisch eingestellt waren. Da auch der sunnitische Widerstand gegen die irakische Regierung und die amerikanische Besatzungsmacht stärker wurde, konnten die kurdischen Parteien zusätzlich von den chaotischen Zuständen im Irak profitieren und ihren Einfluss ausweiten: «Die Kurden konnten auch nach 2003 im neuen Irak eine wichtige Rolle spielen und wurden einflussreich. Allerdings nicht, weil sie stark waren, wie die Kurden selbst gerne wären, sondern weil die Schiiten und Sunniten mit sich selbst beschäftigt waren. Die Schwäche der Gegner machte also die Kurden stark und nicht die eigene Macht», so Karwany (siehe Anhang 9).

Die Machtteilung zwischen DPK und PUK Ende 2004 hatte jedoch zur Folge, dass sich die DPK auf die ARK konzentrierte, weil das vereinigte kurdische Parlament im Juni 2005 Masud Barzani zum Präsidenten der ARK wählte und mit dessen Neffen Nechirvan Barzani ein weiteres hochrangiges Mitglied der DPK und der Barzani-Familie Premierminister wurde. Beim Blick in die Zeitungsartikel von «Xebat» wird ersichtlich, dass Masud Barzani ständig als Präsident von Kurdistan und nicht der ARK bezeichnet wurde. Damit agierte die DPK wie die Führung eines souveränen Staates und nicht einer Region: «Der Präsident von Kurdistan: Die irakische Regierung muss ohne ethno-konfessionelle Engstirnigkeit allen Bevölkerungsteilen wie einer einzigen Gruppe dienen» (Xebat, 06.11.2006, 2316, 1) – gemeint war Masud Barzani beim Empfang des irakischen Vizepremierministers – und «Der Präsident von Kurdistan empfängt bei zwei verschiedenen Begegnungen den Vizepräsidenten und den Präsidenten des Obersten Bundesgerichtes des Irak» (Xebat, 01.12.2006, 2341, 1), so lauteten beispielsweise die Berichte von «Xebat» über die Aktivitäten von Masud Barzani. Interessant ist dabei, dass des Öfteren die irakische Führungsriege ihren Weg in die ARK fand und nicht umgekehrt. Das unterstreicht die Machtverhältnisse beim Neubeginn des politischen Prozesses im Irak,

heisst jedoch nicht, dass die DPK keine wichtigen Posten in der Regierung und der Staatsführung des Irak hatte. So war unter anderem Hoshiar Zebary, der Onkel von Masud Barzani, immer noch Aussenminister des Irak.

Da jedoch Jalal Talabani Präsident des Irak wurde, dominierten die Berichterstattungen über seine Aktivitäten im neuen Irak die Medienlandschaft der PUK. Das gilt auch für «Kurdistani Nwe». «Präsident Talabani: Wir haben grosse Hoffnung, dass wir bis Ende des Jahres Frieden und Sicherheit gewährleisten», so der Präsident des Irak beim Empfang der Vertreter der US-amerikanischen Irak-Studiengruppe unter der Führung von James Baker (Kurdistani Nwe, 01.09.2006, 4026, 1). Talabani war um die Wiederherstellung des Friedens im Irak bemüht und seine Arbeit wurde geschätzt, während Masud Barzani sich vom neuen Irak fernhielt. So teilten die DPK und die PUK die Macht unter sich auf und schlossen grösstenteils andere kurdische Gruppierungen von Führungspositionen sowohl im Irak als auch in der ARK aus. Missverständnisse zwischen der irakischen Zentralregierung und der ARK wurden ohne offene Auseinandersetzungen gelöst. Auf diese Weise konnte der erste Budgetstreit vom Jahr 2006 ohne jegliche Eskalation beigelegt werden. Nachdem die kurdische Regierung im August 2006 gemerkt hatte, dass sie 8 Prozent des irakischen Budgets anstatt der vorgesehenen 17 Prozent erhielt, beschwerte sie sich bei der irakischen Regierung (Hawlati, 23.08.2006, 288, 1). Nach einigen Verhandlungen entschied Bagdad, den verbleibenden Anteil des kurdischen Budgets im Jahr 2007 auszusahlen (Kurdistani Nwe, 01.12.2006, 4135).

Doch die Fragen der Umsetzung des Artikels 140 der irakischen Verfassung bezüglich der «umstrittenen Gebiete», eines irakischen Budgets für die kurdischen Peschmerga-Kämpfer und der Erdöl- und Erdgasverträge der ARK belasteten bald schon die Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad. Als sich auch im irakischen Parlament Dutzende Parlamentsmitglieder dazu entschieden, gegen die Umsetzung des Artikels 140 vorzugehen, entstand das erste grosse Misstrauen zwischen der ARK und der irakischen Regierung. Erst nachdem sich al-Maliki darauf festlegte, die kurdischen Forderungen zu erfüllen, gaben die Vertreter der DPK und der PUK bekannt, seinen Verbleib als Premierminister zu unterstützen (Hawlati, 16.01.2008, 388, 1). Doch die Lage beruhigte sich nicht, und es kam zu militärischen Spannungen, nachdem Angehörige der irakischen Armee die Peschmerga-Truppen der DPK und der PUK in der Provinz Diyala provoziert hatten (Hawlati, 10.08.2008, 447, 1). Der Befehl von al-Maliki an die kurdischen Peschmerga-Einheiten, sich aus der erwähnten Provinz zurückzuziehen, führte zu weiteren Eskalationen (Kurdistani Nwe, 11.08.2008, 4647, 1). Die

Peschmerga-Kräfte ignorierten ohnehin die Entscheidungen der irakischen Regierung, weil sie kaum mit ihr zu tun hatten. Dadurch kam es zu ersten schweren Verwerfungen bei den irakischen Bemühungen um ein Nation-Building unter Beteiligung jener schiitischen und kurdischen Fraktionen, die einen demokratischen Neuaufbau des Irak ermöglichen sollten. Militärische Auseinandersetzungen fanden zwar nicht statt, weil Vertreter beider Seiten sie mieden, aber das Vertrauen war beschädigt. Zudem ging die irakische Regierung unter al-Maliki hart gegen den sunnitischen Widerstand vor.

Dementsprechend nahmen wie so oft zuvor im 20. Jahrhundert die politischen und militärischen Spannungen im Irak zu – diesmal allerdings zwischen verschiedenen sunnitischen und kurdischen Fraktionen und einer irakischen Zentralregierung, die von einer konservativ-religiösen schiitischen Gruppe kontrolliert wurde. Die Situation entspannte sich nicht, weil sich die ARK wie ein souveräner Staat verhielt und Beziehungen zum Ausland aufbaute sowie Verträge abschloss. So wurde unter anderem im Juni 2009 der Export von kurdisch-irakischem Öl ins Ausland unter Beteiligung von Barzani und Talabani als eine grosse Errungenschaft für die ARK und den Irak gefeiert (Xebat, 02.06.2009, 3188, 1). Der Irak stellte sich jedoch dagegen, weil er von den Inhalten der Ölverträge der ARK nichts wusste. Zudem machte er darauf aufmerksam, dass nur die Zentralregierung die Kompetenz habe, Verträge über die natürlichen Ressourcen des Irak abzuschliessen. In der Tat sieht Artikel 111 der irakischen Verfassung vor, dass Öl und Gas in allen Provinzen und Regionen der irakischen Bevölkerung gehören. Ferner besagt Artikel 112, dass die föderale Regierung gemeinsam mit den produzierenden Gouvernements und Regionalregierungen die Verwaltung des aus den vorhandenen Feldern geförderten Erdöls und Erdgases übernimmt. Vorgesehen ist unter anderem, dass sie die Einnahmen auf gerechte Weise im Verhältnis zur Bevölkerungsverteilung in allen Teilen des Landes verteilt. Die kurdische Seite lehnte es jedoch ab, die Verwaltung ihrer natürlichen Ressourcen an den Irak zu übergeben, weil sie ihm nicht vertraute. Zudem wurde die «State Organization for Marketing of Oil» (SOMO), das irakische Staatsunternehmen für die Vermarktung des irakischen Erdöls, von der Zentralregierung ohne kurdische Beteiligung kontrolliert.

Damit begannen die Verstösse der irakischen und der kurdischen Regierung gegen die irakische Verfassung. Dr. Faiq Gulpy beschreibt diesen Umstand wie folgt: «Ich kann sagen, dass der irakische Staat einer jener Staaten ist, die selten die Verfassung beachtet haben. [...] Nachdem die Amerikaner das Saddam-Regime gestürzt haben, haben sie festgestellt, dass der Irak kei-

ne Verfassung hat. So haben sie einen Verfassungsentwurf vorbereitet und liessen im Jahr 2005 darüber abstimmen. Aber die irakische sowie die kurdische Seite beachten die Verfassung nicht allzu sehr» (siehe Anhang 13). Es wurde schnell ersichtlich, dass die kurdischen und schiitischen Fraktionen keinen gemeinsamen Nenner für die Führung des Irak fanden. Da jedoch die kurdische Verwaltung unter der Führung der DPK und der PUK zu Beginn der politischen Prozesse im Irak einen grossen Einfluss auf Bagdad ausübte und die schiitische Regierung unter al-Maliki Rivalitäten mit anderen säkularen, konservativen und religiösen schiitischen Parteien sowie sunnitischen Einheiten auszufechten hatte, fanden sie vorläufige Lösungen für ihre Probleme. Diese waren jedoch nicht nachhaltig und wurden nur aus Opportunitätsgründen ausgehandelt. So unterstützten die DPK und die PUK eine erneute Kandidatur Nuri al-Malikis als Premierminister des Irak im Jahr 2010, obwohl er des Öfteren die Peschmerga-Kämpfer und führende Kräfte der kurdischen Parteien brüskiert und die ARK bedroht hatte.

Interessant ist dabei, dass die «Kurdistan-Liste» der DPK und der PUK zwischen 2005 und 2010 an Einfluss gewann, obwohl sie bei den Wahlen im Irak dreimal hintereinander Sitze verlor. So kam sie bei den Wahlen vom 7. März 2010 nur noch auf 43 Sitze, nachdem die kurdischen oppositionellen Gruppierungen 14 Sitze gewannen – *Gorran* (8 Sitze), Islamische Union Kurdistan (IKU, 4 Sitze) und Islamische Gemeinschaft in Kurdistan (IGK, 2 Sitze). Doch die Zerstrittenheit der neuen Fraktionen in Bagdad, die aufgrund der Wahlergebnisse des Jahres 2010 zunahm, machte die DPK und die PUK für die Stabilität im Irak unverzichtbar, konnte doch keiner der drei grossen Blöcke eine klare Mehrheit für sich beanspruchen: Die «Irakische Nationalbewegung» (al-Iraqiya-Liste) unter der Führung von Iyad Allawi kam auf 91 Sitze, die «Rechtsstaatskoalition» von Nuri al-Maliki auf 89 und die «Irakische Nationalallianz» um Muqtada al-Sadr⁴⁷ und Ammar al-Hakim⁴⁸ auf 70. So entstand eine politische Krise im Irak, die nur nach intensiven Interventionen der internationalen, regionalen und lokalen Kräfte gelöst werden konnte.

47 Der 1973 geborene Muqtada ist der Sohn des 1999 ermordeten schiitischen Gross-ajatollahs Muhammad Sadiq al-Sadr. Er ist schiitischer Geistlicher, Politiker, Milizenführer und laut eigenen Angaben irakischer Nationalist.

48 Al-Hakim wurde 1971 geboren und gehört der renommierten schiitischen Familie al-Hakim an. Er ist ein gemässigter schiitischer Politiker und Vorsitzender der 2017 gegründeten «Nationalen Weisheitsbewegung» (Tayar al-Hikmah al-Watani).

Insbesondere Masud Barzani spielte bei der Lösungsfindung eine entscheidende Rolle und verschaffte sich dadurch mehr Anerkennung im Irak: «Talabani wird wieder Präsident des Irak, al-Maliki Premierminister und das Parlament geht an die al-Iraqiya-Liste: Ein Vorschlag von Präsident Barzani setzt sich durch», so titelte die Zeitung der PUK (Kurdistanî Nwe, 11.11.2010, 5329, 1). Barzani gab bei einer Sitzung mit Vertretern der kurdischen Parteien und in einem Interview mit der «Los Angeles Times» bekannt, er sei stolz darauf, dass die Kurden eine solch grosse Rolle bei der Befreiung des Irak aus der politischen Krise gespielt hätten (Xebat, 14.11.2010, 3625, 1). Karwany kritisiert allerdings die Bemühungen der kurdischen Politiker um die Stabilität der Lage im Irak harsch, weil sie seiner Meinung nach den Anliegen der Kurden im Irak schaden: «Der fatale Fehler der Kurden war, dass sie zwischen den Schiiten und den Sunniten vermittelt haben, anstatt die neue Situation auszunützen und ihre eigene Agenda durchzusetzen» (siehe Anhang 9).

Am 11. Januar 2011 veröffentlichte das offizielle irakische Amtsblatt die Liste der Kabinettsmitglieder, die am 21. Dezember 2010 vom irakischen Parlament abgesegnet worden war (al-Waq'i' al-'Irāqyya, 4173, 8–9). Interessant ist dabei, dass Nuri al-Maliki nicht nur Premierminister, sondern auch ad interim Verteidigungsminister, Innenminister und Minister für nationale Sicherheit wurde. So viel Macht in der Hand einer einzigen Person hatte es im Irak seit 2003 nicht gegeben. Ferner zeigte al-Maliki während seiner ersten Amtszeit, dass er das Militär zu kontrollieren suchte und es auch gegen die Ambitionen der sunnitischen Widerstandskämpfer und der kurdischen Kräfte einsetzte. Durch ihre politische Unterstützung trugen die kurdischen Kräfte massgeblich dazu bei, dass al-Maliki seine Macht ausbauen konnte. Al-Maliki zeigte sich zwar während und nach der zweiten Regierungsbildung versöhnlich und wollte die bestehenden Probleme mit den Kurden lösen, indem er unter anderem im November 2010 sagte, er werde dafür sorgen, dass Artikel 140 und alle anderen offenen Fragen zwischen Bagdad und Erbil gemäss der irakischen Verfassung gelöst würden (Xebat, 28.11.2010, 3633, 1); aber daraus wurde nichts, weil beide Seiten sich kaum einander annäherten. Iyad Allawi wiederum machte Iran dafür verantwortlich, dass er nicht Premierminister geworden war (Xebat, 22.11.2010, 3628, 1). Masud Barzani schrieb im Jahr 2020, die Iraner und die Amerikaner hätten nicht gewollt, dass Allawi Regierungschef wurde (Barzani 2020, 50).

4.5 Das kurdische Misstrauen und der sunnitische Aufstand ab 2011

Der Einfluss von Masud Barzani im Irak nahm Anfang 2011 weiter zu, als die Iraqiya-Liste ihn bat, in der Auseinandersetzung um die Wahl eines nationalen Rates für politisch-strategische Fragen zwischen al-Maliki und Allawi zu vermitteln (Xebat, 30.01.2011, 3687, 1). Bis anhin hatten sich die beiden Seiten kaum einander annähern können. Barzani pflegte eine gute Beziehung zu Allawi. Auch im Ausland schien Barzani angesehen zu sein, weil er unter anderem bei seiner Reise nach Italien und in den Vatikan nicht nur den Papst und hochrangige politische Führungspersonlichkeiten der westlichen Länder traf, sondern auch seitens der North Atlantic Treaty Organization (NATO) in Italien mit der Atlantik-Medaille ausgezeichnet wurde (Xebat, 23.02.2011, 3709, 1). Bei seiner Dankesrede warnte er Bagdad, dass die Kurden je nach Entwicklung des Irak über den künftigen Status ihrer Region entscheiden würden, so z. B., wenn sich abzeichnen würde, dass der Irak sich in Richtung Diktatur und Alleinherrschaft bewege (ebd.). Talabani seinerseits intensivierte seine Bemühungen, einen gemeinsamen Nenner für alle irakischen Kräfte zu finden (Kurdistani Nwe, 25.02.2011, 5414, 1). Doch die Streitigkeiten zwischen verschiedenen irakischen Fraktionen nahmen schnell zu, als Allawi und die meisten sunnitischen Kräfte die neue irakische Regierung und den Machtzuwachs al-Malikis ablehnten. Auch die DPK und die PUK waren besorgt, weil die irakische Regierung wiederholt den Ausnahmezustand in Kirkuk und anderen von den Kurden beanspruchten Gebieten ausrief. Die kurdischen Peschmerga-Einheiten vor Ort warnten gar vor einer Eskalation der Lage in Kirkuk (Kurdistani Nwe, 04.03.2011, 5420, 1).

Tatsächlich kam es mehrfach zu Anschlägen in Kirkuk und anderen «umstrittenen Gebieten», weil das Misstrauen zwischen Bagdad und Erbil wuchs und dadurch ein Machtvakuum entstand (Kurdistani Nwe, 20.05.2011, 5484, 1). Entsprechend den Entwicklungen im Irak änderte sich langsam der Ton des Präsidenten der ARK; anlässlich der Erklärung der Souveränität der Republik Südsudan forderte er, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall akzeptiert werden solle. Gleichzeitig kritisierte er al-Maliki scharf, weil dieser die anderen Gebiete des Irak davor warnte, föderalistische Regionen zu bilden, da dies laut al-Maliki zur Teilung des Irak und zum Bürgerkrieg führen würde. «Ich bin sehr erstaunt über diese Aussagen, weil die irakische Verfassung dieses Recht garantiert. Das würde nicht zur Gefahr führen. Im Gegenteil würde so ein Schritt die Einheit des Irak stärken», so Barzani (Xebat, 10.07.2011, 3820, 1). Auf diese

Weise nahmen die Spannungen im Laufe der Amtszeit von al-Maliki zu. Zur Problematik der Regionsbildung fasst Mamosta Jaafar seine Eindrücke folgendermassen zusammen:

«Die Verfassung ist nicht schlecht. Denn im ersten Artikel steht, dass der Irak ein föderalistischer Staat ist. Nur deshalb setzen die Leute Hoffnung in den Irak. Sie hoffen, dass dank dem Föderalismus eines Tages auch in Basra, Anbar, Mossul und an anderen Orten autonome Regionen gebildet werden. Aber das Problem ist, dass ein Gebiet angegriffen wird, wenn es eine autonome Region bilden will. So wollte Basra unter Wael Abdul Latif eine autonome Region bilden, aber das wurde nicht akzeptiert. Das gilt auch für Mossul. Zwei Wochen vor dem Aufstieg des IS in Mossul kam Asil al-Nujaifi nach Erbil und hat bekannt gegeben, dass sie eine autonome Region in Mossul bilden wollen. Aber kurz danach kam Daesh. Ich weiss nicht, ob das geplant oder ein Zufall war. Ein Freund von mir war in der Vergangenheit einmal bei Khamenei. Khamenei meinte zu ihm, dass er nichts dagegen habe, wenn im Irak föderalistische Regionen gebildet werden – abgesehen von Bagdad, Kirkuk und Mossul. Aber wenn ich genau hinsehe, will Iran nicht, dass im Irak überhaupt autonome Regionen gebildet werden» (siehe Anhang 10).

Die Lage verschärfte sich und militärische Auseinandersetzungen konnten nicht mehr ausgeschlossen werden, weil sowohl die DPK und die PUK als auch die irakische Regierung Truppen in die von den Kurden beanspruchten Gebiete der Provinz Diyala verlegten (Hawlati, 17.08.2011, 758, 1). Die Forderungen von al-Maliki, die irakische Verfassung zu sistieren und mit politischen Übereinkünften zwischen den politischen Kräften im Irak zu arbeiten, verschlechterten die Beziehungen der kurdischen Fraktionen zu Bagdad zusätzlich (Kurdistani Nwe, 14.11.2011, 5626, 1). Nachdem auch einige sunnitische Politiker, die von der irakischen Regierung als Unterstützer der Terroristen bezeichnet und verfolgt wurden, nach Erbil reisten und dort Unterschlupf fanden, eskalierte die Beziehung zwischen Erbil und Bagdad zusehends. Der Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak im Dezember 2011 und zunehmende sunnitische Aufstände in den sunnitischen Gebieten gegen die irakische Regierung führten zu weiteren Unruhen im Land. Verschiedenste Sitzungen mit der Beteiligung unterschiedlicher politischer Gruppierungen im Irak gingen ohne jegliche Ergebnisse zu Ende – obwohl alle Seiten verlangten, dass die Übereinkunft von Erbil, die eine Grundlage für das zweite Kabinett von al-Maliki darstellte, akzeptiert werden sollte (Kurdistani Nwe, 29.08.2012, 5764, 1). Sie wiesen auch darauf hin, dass der Irak vor

grossen und unlösbaren Problemen stehen würde, wenn die politische Krise ungelöst bliebe (ebd.). Die DPK ihrerseits bezeichnete al-Maliki als Gegner der ARK, der mit allen Mitteln versuche, der kurdischen Region Schaden zuzufügen (Xebat, 01.07.2012, 4106, 1). Masud Barzani schrieb im Vorfeld von Wahlen im irakischen Kurdistan in einem Artikel über die Lage in der ARK und im Irak, der Irak habe

«keine seiner Versprechungen im Bereich der Umsetzung des Artikels 140, des Budgets, der Bedürfnisse der Peschmerga, des Öl- und Gasgesetzentwurfes und der Beteiligung der Kurden in den Führungsfunktionen der irakischen Armee gehalten. Umgekehrt wurden kurdische Offiziere aus der Armee ausgeschlossen und die Punkte der Vereinbarung von Erbil ignoriert. Entsprechend arbeitete die Zentralregierung nicht nach den Grundlagen des wahren Konsenses in der Verwaltung des Landes, sondern mit diktatorischen und eigenmächtigen Gesinnungen. Wir haben immer geduldig und im Rahmen der irakischen Verfassung an der Lösung der Probleme gearbeitet, aber dies führte zu keinem Ergebnis. Wenn wir merken, dass unsere Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden, dann werden wir einen kurdischen Ausweg wählen und unsere Bevölkerung darüber entscheiden lassen» (Xebat, 29.07.2012, 4126, 1).

Mit diesen Worten warnte Barzani die irakische Regierung vor Konsequenzen und einem möglichen Referendum über einen unabhängigen Kurdenstaat im Nordirak, sollte sie weiter keine Massnahmen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad treffen. «Hawlati» kommentierte die Drohungen von Barzani über ein mögliches Referendum wie folgt: «Die DPK kehrt zur Bevölkerung zurück, nachdem sie gescheitert ist» (Hawlati, 17.10.2012, 909, 1). Die PUK und Jalal Talabani wollten allerdings weiterhin an einer Lösung der Probleme im Rahmen einer irakischen Einheit arbeiten (Kurdistani Nwe, 18.12.2012, 5956, 1) und lehnten einen Alleingang seitens des Irak oder der Kurden ab (Kurdistani Nwe, 30.12.2012, 5966, 1). «Vielmehr sei es wichtig, dass das Verhalten der Regierung gemäss den Kriterien der irakischen Verfassung angepasst wird» (ebd.). Als jedoch Talabani Ende 2012 schwer erkrankte und für Behandlungen immer wieder nach Deutschland reisen musste, wurde Masud Barzani der mächtigste Mann in der ARK.

Die Spannungen zwischen der irakischen Zentralregierung unter der Führung von al-Maliki und der ARK sowie den sunnitischen Kräften im neuen Irak nahmen auf diese Weise weiter zu und mündeten in Misstrauen und Dissens. Zugleich waren ab 2013 Meinungsunterschiede zwischen der

DPK und der PUK über den Umgang mit dem Irak zu beobachten. Waren beide Parteien unter der Führung von Barzani und Talabani sich bis dahin in vielen Fragen einig und daher in der Lage gewesen, grosse Teile der kurdischen Forderungen in Bagdad durchzusetzen, so wurde ihre Position allmählich schwächer, da Talabani im Irak und in der ARK immer weniger präsent war. Ferner führten die vielen unterschiedlichen Flügel der PUK dazu, dass die DPK keinen klaren Ansprechpartner mehr in den Reihen der PUK fand. Zudem stand die PUK der Zentralregierung in Bagdad näher als die DPK, die sich von Beginn des irakischen Neuaufbaus an auf die ARK konzentriert hatte. Entsprechend wurde nicht nur die Position von al-Maliki unsicher, weil er mittlerweile viele Gegner hatte, sondern auch jene der DPK und der PUK, die gar ihr *«strategisches Abkommen»* aus dem Jahr 2004 infrage stellten. Masud Barzani bekräftigte allerdings wiederholt seine Meinung, dass die Kurden selbst über ihr Schicksal entscheiden müssten (Xebat, 17.07.2013, 4365, 1). So wandte er sich vom neuen Irak ab und machte das Selbstbestimmungsrecht der Kurden zu seiner neuen Forderung.

Divisionär Bakhtyar M. Sidiq resümiert die Entwicklungen im Irak zwischen 2005 und 2014 wie folgt:

«Im neuen Irak konnten Wahlen durchgeführt, konnte ein demokratisches Parlament gewählt und eine Verfassung niedergeschrieben werden. Die verschiedenen Entitäten konnten am politischen Prozess mitwirken. Dies dauerte bis zum Rückzug der Amerikaner Ende 2011 und Anfang 2012 an. In dieser Phase tauchte unter al-Maliki als Premierminister der Konflikt mit den Kurden und den Sunniten auf. Dies führte dazu, dass einerseits die Beziehung zwischen der ARK und Bagdad teilweise abgebrochen wurde und andererseits die Sunniten wegen des schlechten Umgangs mit ihnen und wegen des Mangels an Dienstleistungen in ihren Gebieten gegen die Regierung auf die Strasse gingen. Letzteres führte zum bewaffneten Widerstand und später zum Aufstieg von Daesh im Jahr 2014» (siehe Anhang II).

4.6 Die Herausforderung des *«Islamischen Staates»*

Die Unzufriedenheit der meisten sunnitischen Stämme, Gruppen, Politiker und Mitglieder der Zivilbevölkerung mit der Politik von al-Maliki führte insbesondere ab 2012 zu einem permanenten Aufstand gegen die irakische Zentralregierung unter anderem in der Provinz al-Anbar. Verschiedenste Versuche der Pro-Bagdad-Kräfte, die Lage unter Kontrolle zu bringen und das

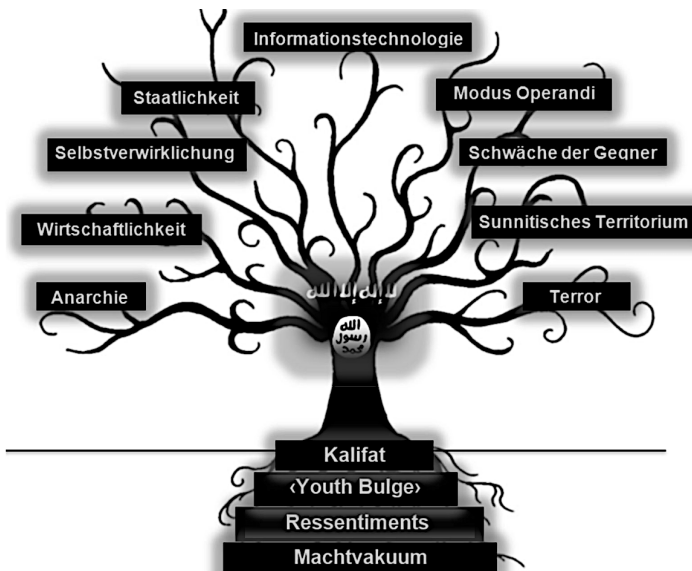
Ende der Demonstrationen sowie des Widerstandes zu erwirken, blieben erfolglos. Als zudem der Budgetstreit zwischen Bagdad und Erbil eskalierte, weil die irakische Verwaltung im Januar 2014 das Budget gegen den Willen und ohne Beteiligung der kurdischen Vertreter im Irak verabschiedete, verschärfte sich die Lage zusätzlich (Kurdistani Nwe, 16.01.2014, 6281, 1; Xebat, 16.01.2014, 4483, 1). Denn das führte vor allem dazu, dass die Zentralregierung die Löhne der Verwaltungsangestellten in der ARK nicht mehr auszahlte und eine Krise auslöste. Zuvor waren viele Gelder in die ARK geflossen, was einen beachtlichen Wohlstand und mehr Stabilität in der ARK zur Folge gehabt hatte. Mit dem Ausbleiben dieser finanziellen Mittel konnte die Regierung der ARK die erlangte Prosperität nicht mehr gewährleisten, weil sie keinen nachhaltigen Plan für eine gesunde Regierungsführung in der ARK hatte. Das Budget war so das grösste Druckmittel der Bagdader Zentralregierung, das nun zum Einsatz kam und die DPK und die PUK empfindlich traf. Karwany beschreibt diesen Zustand folgendermassen:

«Dieser Umstand [die Zuweisung der Gelder im Rahmen des Budgets] führt dazu, dass die ARK sich in manchen Hinsichten wie ein unabhängiger Staat und in anderen als Teil des Irak verhält. Die negative Seite dieses Umstandes ist, dass die ARK wirtschaftlich dermassen vom Irak abhängig ist, als ob sie ein Wohnkomplex wäre. Mit dem Wohnkomplex meine ich, dass man in der ARK monatlich auf die Lohnzahlungen aus Bagdad wartet. Wenn sie nicht erfolgen, dann gibt es eine wirtschaftliche und politische Krise in der ARK. Das heisst, dass diese Gesellschaft nicht unabhängig ist und wie in einem Wohnkomplex auf die Unterstützung aus Bagdad oder von der Aussenwelt angewiesen ist. Wenn diese nicht geleistet wird, dann stürzt der Wohnkomplex in eine Krise» (siehe Anhang 9).

Entsprechend hart kritisierten die Vertreter der DPK und der PUK die irakische Regierung, weil sie die politische Lage in der ARK änderte und die zwei Parteien in Verlegenheit brachte. So sahen die PUK-Angehörigen in dem Vorgehen der Regierung einen klaren Verstoß gegen die irakische Verfassung (Kurdistani Nwe, 02.03.2014, 6319, 1), während der irakische Aussenminister Hoshiar Zebary vor grossen Gefahren für den Irak warnte (Xebat, 05.03.2014, 4517, 1). Die Unzufriedenheit der kurdischen und sunnitischen Kräfte mit der Politik von al-Maliki und weitere Umstände, die den Aufstieg des IS ermöglichten, werden im Folgenden näher beschrieben. Ausserdem wird das Verhalten des IS beleuchtet, um jene Faktoren zu eruieren, die ihn zu einer dritten Macht im Irak und einer auf der ganzen Welt gefürchteten Gruppe machten. Hierzu wird der IS als Baum dargestellt,

der das Machtvakuum, die Ressentiments, den ›Youth Bulge‹ (›Jugendüberschuss‹) und das Kalifat zum Nährboden hatte. Die verschiedenen Äste symbolisieren die Bereiche, in denen der IS erfolgreich agierte.

Abbildung 7: Das Phänomen ›Islamischer Staat‹ und seine Wirkungsbereiche



Quelle: eigene Darstellung

Machtvakuum:

Bereits am 14. Februar 2007 machte der amerikanische Präsident, George W. Bush, darauf aufmerksam, dass es im Irak viel mehr Engagement brauche und keine Rückschritte erlaubt seien, wenn es gelte, ein Machtvakuum mit desaströsen Folgen zu vermeiden:

«I've listened to a lot of voices; people in my administration heard a lot of voices. We weighed every option. I concluded that to step back from the fight in Baghdad would have disastrous consequences for people in America. That's the conclusion I came to. It's the conclusion members of my staff came to. It's the conclusion that a lot in the military came to. And the reason why I say ›disastrous consequences‹: the Iraqi government could collapse, chaos would spread, there would be a vacuum, into the vacuum would flow

more extremists, more radicals, people who have stated intent to hurt our people. I believe that success in Baghdad will have success in helping us secure the homeland» (Press Conference by the President 2007).

Ab 2007 konnten im Irak dank des vermehrten Aufgebots amerikanischer Truppen und einer Politik der Diplomatie die radikalen sunnitischen und schiitischen Gruppierungen geschwächt werden. Sie vernichtend zu schlagen, vermochten die Amerikaner jedoch nicht. Entsprechend führte der Abzug der US-Truppen im Jahr 2011 bei der sunnitischen Zivilbevölkerung zu einer Zunahme der Unzufriedenheit mit der Politik des Premierministers Nuri al-Maliki. Ebenfalls traten vermehrte Spannungen zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der ARK auf. Dies führte zu einem Machtvakuum und schliesslich zum Fall der Stadt Mossul im Juni 2014. Das Machtvakuum besteht noch heute, weil der irakische Staat nicht das ganze Land kontrolliert. Noch immer fehlt es ihm an ausreichend Macht über die mindestens fünfzig verbliebenen schiitischen Milizen-Truppen. Die Zerstrittenheit mit der kurdischen Verwaltung vermag er ebenfalls nicht beizulegen. Entsprechend ist eine Eskalation in den schiitisch kontrollierten Gebieten oder eine Kaperung der sunnitischen Gesellschaft durch radikale Kräfte jederzeit wieder möglich. Zu dieser Thematik stellt Mamosta Jaafar Folgendes fest:

«Der Irak hat das Problem des Staatshaushaltes. Es werden viele Gelder für die Staatsämter verschwendet. Auch hat der Staat wenig Einnahmen, weil beispielsweise irgendeine Person die Kontrolle über eine Ölanlage ausübt und die Einnahmen aus dem Ölverkauf für sich behält. Niemand traut sich etwas zu sagen, weil diese Leute Truppen und Kämpfer haben. [...] Auf der einen Seite exportiert Saudi-Arabien salafistische Ideologien, Käse und andere Sachen zu uns (*lacht*). Auf der anderen Seite exportiert Iran die schiitische Ideologie, die schiitischen Milizen usw. zu uns. Sie haben auch ihre eigenen Leute bei uns. Es gibt Parteien, die ausschliesslich für sie arbeiten, weil sie Gelder von ihnen erhalten. Wenn es so weitergeht, dann wird es schwierig, einen Ausweg zu finden» (siehe Anhang 10).

Ressentiments:

Der neue Irak war aus Sicht verschiedener irakischer Gruppierungen von Beginn an kein Land für alle, obwohl mithilfe konsensdemokratischer Elemente eine egalitäre Machtverteilung angestrebt wurde. Vielmehr fühlten sich unterschiedliche Gruppen ausgeschlossen und suchten nach

einem geeigneten Mittel, um sich an Bagdad – und bis 2011 an den US-Amerikanern – zu rächen. Ab 2011 nahmen antischiitische Ressentiments nicht nur bei den sunnitischen Gruppierungen und der DPK, sondern aufgrund der vermehrten Einflussnahme Irans auf den Irak und des proiranischen Kurses der irakischen Regierung auch in den meisten sunnitischen Golfstaaten markant zu. Reiche Privatpersonen und Regierungen der verschiedenen Golfstaaten unterstützten die sunnitischen Stämme und ihren Widerstand im Irak. Dieser zweite Faktor verhalf dem IS ebenfalls zum Aufstieg. Dr. Mahmud Othman schätzt diese Entwicklungen folgendermassen ein:

«Das Hauptproblem des Irak ist, dass der Irak vor hundert Jahren künstlich gebildet wurde. Die Kurden, Scheich Mahmud und so, wollten ein unabhängiges Kurdistan, bekamen dies aber von den Briten nicht. Gleichzeitig haben die vielen Putsche und Auseinandersetzungen dazu geführt, dass der Irak nicht vorankommen konnte. Jeder, der an die Macht kam, hat alle Rivalen ausgeschaltet usw. Nach dem Sturz von Saddam ist der Irak in die Hände der vielen Parteien und Gruppierungen geraten. Insbesondere in die Hände der schiitischen Kräfte. Aber auch Sunniten und Kurden waren mit ihnen. Diese Kräfte, die noch heute im Irak regieren, sind nicht vereint und unterstützen einander nicht. Sie konnten sich nicht auf der Grundlage der Interessen der irakischen Bevölkerung einigen. Sie verfolgen nur eigene Interessen und die Interessen der eigenen Fraktion. Mit den Nachbarländern kooperieren sie auch nach ihren eigenen Interessen. So sind die Schiiten mit Iran und die Sunniten mit der Türkei und Saudi-Arabien verbündet. Die Kurden haben auch ihre eigene Zusammenarbeit mit den Nachbarn, weil sie eigene Fragen haben. Entsprechend konnten diese Gruppierungen nicht wie Staatsmänner handeln, das Land gut regieren und einen zivilen Staat für alle Iraker aufbauen: einen Staat gemäss den Kriterien der Verfassung» (siehe Anhang 4).

‹Youth Bulge› (‹Jugendüberschuss›):

Ein weiterer Faktor, der je nach Land als Chance oder Bedrohung wahrgenommen wird, ist der sogenannte Youth Bulge. Gary Fuller, Professor für Geografie und Bevölkerung an der Universität Hawaii, verwendete den Begriff erstmals im Jahr 1995 in einer Publikation des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA. Er ging davon aus, dass es einen sogenannten Überhang oder Überschuss an jungen Menschen

gebe, wenn 20 Prozent der Gesellschaft zwischen 15 und 24 Jahre alt seien. Da diese Bevölkerungsgruppe vermehrt Bedürfnisse nach Landbesitz, nach Arbeit, einer höheren Ausbildung und anderen gesellschaftlichen Ressourcen verspüre, könne dies zu einer sozialen Instabilität führen. In Ländern, in denen es ethnische Konflikte gebe, wie beispielsweise in Sri Lanka, könne dies die Lage verschärfen, so Fuller (1995, 152–54). Diese These gewann an Gewicht, als der deutsche Soziologe Gunnar Heinsohn in seinen vielen Schriften und Auftritten darauf aufmerksam machte, dass die Gefahr von Terror, Kriegen und Unruhen erheblich steige, wenn die Gruppe der jungen Männer zwischen 15 und 29 mindestens ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmache. Vor dieser jugendlichen ›Ausstülpung‹ sei bereits ein Überhang an Kindern, also ein ›Children Bulge‹, entstanden, wobei Kinder unter 15 Jahren 30 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten (Heinsohn 2019, 16). Er geht davon aus, dass die meisten Kriege, Unruhen und Auseinandersetzungen in der Weltgeschichte mit einer grossen Anzahl von jungen Männern, für die nicht ausreichend prestigeträchtige Rollen und Positionen vorhanden waren, zusammenhängen. Die bemerkenswerte Häufung von Aufständen, kriegerischen Auseinandersetzungen, Terrorismus oder sogar Völkermord ist gemäss Heinsohn ein Produkt des Jugendüberschusses (ebd., 9 ff.). Auch Huntington ging in seinem berühmten Buch über den ›Kampf der Kulturen‹ davon aus, dass ein kultureller Konflikt dann in einen blutigen Krieg münden könne, wenn es einen Überschuss an jungen Männern als Protagonisten von Protesten, Instabilitäten, Reformen und Revolutionen gebe (Huntington 1997, 182).

Der Demokratisierungsprozess in Afghanistan und im Irak konnte nach Heinsohn aufgrund demografischer Entwicklungen nicht vorangetrieben werden: ›Die Reparatur einer Nation, deren Strukturen unter dem Ansturm wütender junger Männer zerbrechen, gehört mithin an das Ende eines youth bulge. Die Demokratisierung eines failed state muss scheitern, wenn des Westens rare Söhne sie mitten in einer Bevölkerungsexplosion voranbringen sollen. Das wird in Irak und Afghanistan zwar blutig gespürt, aber noch kaum verstanden‹ (Heinsohn 2011, 93). Das Jugendüberschuss-Konzept ist zwar umstritten, weil die jungen Männer ebenso als Katalysatoren einer positiven Entwicklung in einem Land dienen können, wenn die Wirtschaft schneller wächst als die Bevölkerung, und sie nicht per se wegen fehlender Aufstiegschancen Chaos stiften. Es lässt sich jedoch im Fall des Irak und auf die meisten

anderen Staaten der arabischen und islamischen Welt anwenden. Die Wut der jungen Bevölkerung rief in einigen arabischen Ländern entweder eine politische Neuordnung hervor oder hinterliess sie in einem chaotischen Zustand. Über die Lage der Jugend in der arabischen Welt schrieb das Entwicklungsprogramm der UNO im Jahr 2016 Folgendes:

«First, that while young people between the ages of fifteen and 29 make up nearly a third of the region's population, another third are below the age of fifteen. This ›demographic momentum‹ will last for at least the next two decades, and offers an historic opportunity which Arab countries must seize. Second, the report underlines that the wave of protests which has swept through a number of Arab countries since 2011 with youth at the forefront has led to fundamental transformations across the entire region. Some countries have seen new national constitutions, free and fair elections, and a widening of the public participation sphere for previously excluded groups. Elsewhere, however, systems which had maintained stability came under serious challenge [...]» (UNDP 2016, 4).

Während der Bericht der UNO das Vorhandensein eines Überhangs an jungen Menschen in den arabischen Staaten untermauert, zeigen die spezifischen Daten der Weltbank für den Irak, dass nicht nur die Gesamtbevölkerung, sondern vor allem die Anzahl der jungen Personen zwischen 2003 und 2021 rasant anstieg: Der Irak hatte im Jahr 2003 eine Bevölkerungszahl von knapp über 27 Millionen Einwohnern. Davon waren 49,78 Prozent männlich und über 28 Prozent davon zwischen 15 und 29 Jahre alt. Während des Aufstiegs des IS im Jahr 2014 hatte der Irak eine Bevölkerungsanzahl von über 36,7 Millionen und einen Männeranteil von über 49,8 Prozent mit einem männlichen Jugendanteil von etwa 28,3 Prozent. Gemäss den Zahlen für das Jahr 2021 umfasste die ständige Wohnbevölkerung des Irak ungefähr 43,5 Millionen Einwohner. Der männliche Anteil lag nun bei über 50 Prozent, jener der männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren bei 28,4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit bei den Personen zwischen 15 und 24 Jahren wurde im Jahr 2003 auf etwa 17 Prozent, im Jahr 2014 auf 20 Prozent und im Jahr 2021 auf 27,2 Prozent geschätzt (Weltbank 2022). Diese demografischen Entwicklungen können jederzeit zu einer Eskalation der Lage im Irak führen, wie der Aufstieg des IS im Jahr 2014 und die ständigen Demonstrationen und Unruhen seit 2019 prominent aufzeigen. Dass der IS nicht nur vom irakischen ›Jugend-Boom‹, sondern von der gesamten überproportiona-

len Präsenz junger Männer in den restlichen arabischen und islamisch-sunnitischen Staaten profitieren konnte, zeigte die Anzahl der sogenannten Foreign Fighters⁴⁹, die auf mehrere Tausend Personen beziffert wurden.

Das unaufhaltsame Bevölkerungswachstum im Irak scheint nicht nur eine sicherheitspolitische Bedrohung für das Land zu sein, sondern laut Mahmud Raza Amin auch den Demokratisierungsprozess zu beeinflussen und die Verfassung infrage zu stellen: «Einer der Mängel ist beispielsweise Artikel 49 Absatz 1, der besagt, dass pro 100 000 Einwohner ein Vertreter ins Parlament gewählt werden darf. Das ist jetzt zu einem Problem geworden, weil die irakische Bevölkerung rasant wächst. Jedes Jahr steigt damit die Anzahl der Parlamentarier, obwohl das Parlament seine Arbeit nicht gut macht. So fordern die Demonstranten, dass dieser Artikel beseitigt wird. Denn die neue Generation hat von der Demokratie nichts gesehen. Was sie erlebt, sind Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Vernachlässigung» (siehe Anhang 12).

Kalifat:

Die bisher erwähnten Komponenten, die den Aufstieg des IS begünstigten, hätten ohne das Hinzukommen einer «integrativen Ideologie», welche die Politik und die Gesellschaft grundlegend umzustrukturieren beansprucht, kaum zum Erfolg geführt. Zu diesem Zweck wählten die Anführer des IS womöglich bewusst die Ausrufung eines «Kalifats». Mit diesem Schritt erklärten sie sich sowohl zu rechtmässigen Nachfolgern des «Gesandten Gottes» (Mohammed) als auch zur weltlichen und geistlichen Quelle des Islams. Alle anderen dschihadistischen und islamistisch-religiösen Gruppierungen hätten sich dementsprechend der Herrschaft des Kalifen zu fügen. Der Erfolg des IS könnte andere radikal gesinnte Gruppierungen motivieren, sich weiterhin für den Erhalt des «Kalifats» einzusetzen, zumal der IS nie komplett ausgelöscht werden konnte.

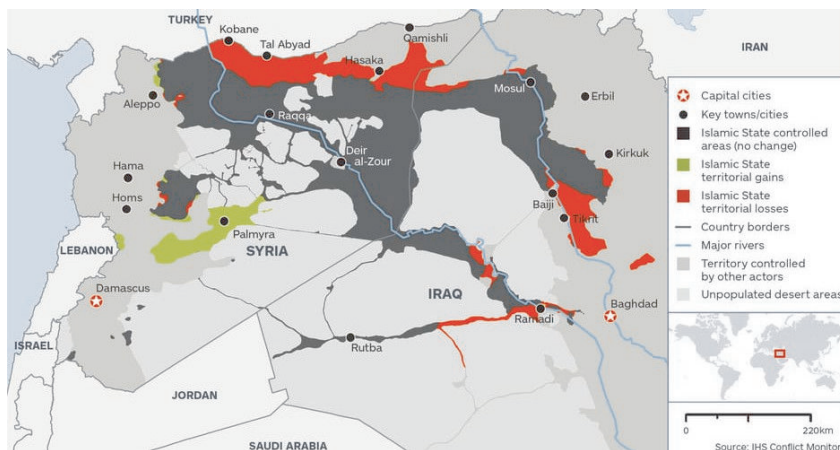
Der von ihm verbreitete Terror, die Kontrolle über sunnitische Gebiete, die Schwächung der Gegner infolge von deren Heterogenität und Zersplittertheit, der Einsatz von «Suicide Vehicle-Borne Improvised Explosive Devices» (SVBIED) zur Durchbrechung gegnerischer Schutzwälle, die Verminung ganzer Regionen sowie das Anzünden von Reifen und Öl zur

49 «Foreign Fighters» sind jene jungen Männer, die ihr Heimatland verliessen, um sich dem IS anzuschliessen und auf dessen Seite zu kämpfen.

Verschleierung der eigenen Position als ›Modus Operandi‹ sind Vorgehensweisen des IS, die bis heute geblieben sind und von den IS-Anhängern nach wie vor angewandt werden. Zugleich konnte der IS von den Informationstechnologien profitieren und verschiedene Magazine (wie ›Dabiq‹) sowie Videos für die Rekrutierung von Kämpfern und zur Ausbreitung seiner Ideologie veröffentlichen. Der IS baute auch staatliche Infrastrukturen auf, die aus *Hisbah* (›Religionspolizei des IS‹), *al-Amnia* (›Sicherheitsapparat‹), *Wali* (›Gouverneur‹), *Qādi* (›Richter‹), *Jaysh al-Khalifa* (›Armee des Kalifates‹), *Bait al-Mal* (›Schatzhaus‹) und *al-Is-tikhbārāt* (›Nachrichtendienst‹) bestand. Die Organisation versprach den Menschen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und fand insbesondere bei jenen Bevölkerungsteilen Anklang, die sich zuvor in der westlichen und der islamischen Welt sozial degradiert fühlten. Der IS profitierte ausserdem wirtschaftlich ungemein vom Ölhandel und von der Kriegsbeute. Er bekam Hilfe von Privatpersonen aus den Golfstaaten, etablierte einen Schwarzmarkt für archäologische Objekte und erhob ›Steuern‹ und Schutzgelder. Insgesamt war sein System anarchistischer Natur. Auf diese Weise vermochte der IS, eine Vielzahl von Widersprüchen in einer einzigen Organisation zu vereinen und diese eine Zeit lang erfolgreich zu führen.

Strategisch war die Eröffnung verschiedener militärischer Fronten und die gleichzeitige Durchführung von Operationen gegen unterschiedliche Gegner ein grosser Fehler des IS. Anstatt von den Streitigkeiten zwischen der ARK und der irakischen Zentralregierung zu profitieren und eine stille Abmachung mit den kurdischen Eliten zur Vermeidung kriegereischer Auseinandersetzungen zu treffen, griff der IS im Sommer 2014 nicht nur den irakischen Staatsapparat, sondern auch die ARK an. Das überraschte nicht nur Masud Barzani, der kein Verständnis dafür aufbrachte, dass der IS die ARK ohne nennenswerten Grund zur Zielscheibe machte (Barzani 2020, 54), sondern auch viele Politbeobachter, die in diesem Schritt einen strategischen Fehler des IS sahen.

Abbildung 8: Vom «Islamischen Staat» kontrollierte Gebiete im Jahr 2015



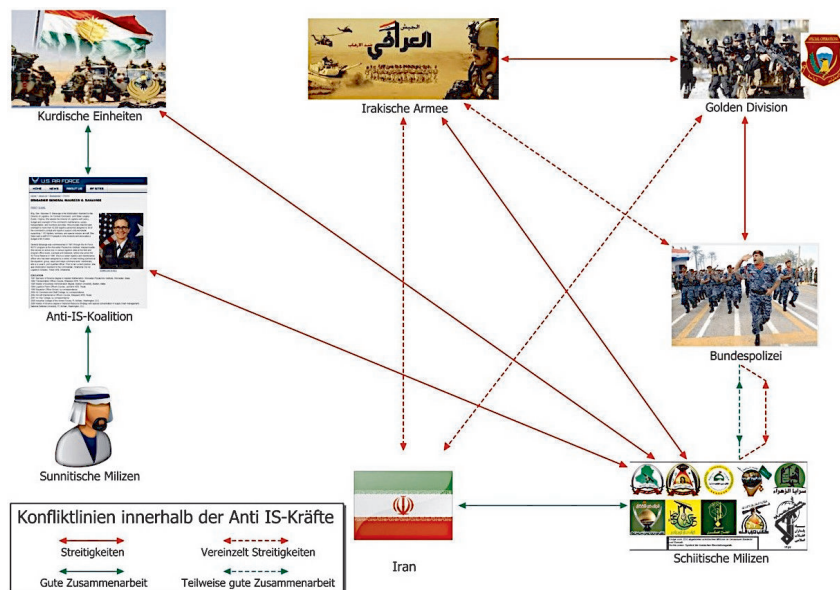
Quelle: Herter (2016)

An den entstandenen Spannungen konnten auch die Parlamentswahlen vom Ende April 2014 nichts ändern. Diese entschied die «Rechtsstaatskoalition» von Premierminister al-Maliki mit über 90 Sitzen für sich. Die DPK und die PUK traten nach zunehmenden Differenzen jeweils mit eigenen Listen auf und gewannen je 19 Sitze des aus 329 Sitzen bestehenden irakischen Repräsentantenhauses. So wurde der IS neben der irakischen Zentralregierung und der ARK zu einem dritten Machtfaktor im Irak nachdem er im Juni 2014 innert kürzester Zeit und ohne nennenswerten Widerstand der irakischen Streitkräfte die zweitgrößte Stadt des Irak unter seine Kontrolle gebracht hatte. Von dort aus rief die radikale Organisation das Kalifat aus. Nach der Eroberung von Mossul brauchte der IS nur wenige Wochen, bis er vor den Toren Bagdads stand. Masud Barzani nahm die neuesten Entwicklungen im Irak zum Anlass, zu unterstreichen, dass im Irak grundlegende Veränderungen vorgenommen werden müssten (Xebat, 19.06.2014, 4587, 1). Er sagte im gleichen Monat in einem Interview mit CNN, dass die Zeit für die Unabhängigkeit der kurdischen Region gekommen sei. Im Juli 2014 betonte er nochmals ausdrücklich, dass «die ARK nicht für ewig unter dem radikalen Konfessionalismus, den falschen Verwaltungen, der Missachtung der Verfassung und der willkürlichen Herrschaft von Bagdad bleiben» könne (Xebat, 16.07.2014, 4606, 1).

Entsprechend wurde die Situation für die irakische Zentralregierung immer prekärer und sie musste handeln. Spätestens jetzt scheiterten die Nationenbildungsbemühungen des Irak sowohl aus kurdischer als auch aus sunnitisch-arabischer Sicht. Daran änderte sich nichts, als Nuri al-Maliki im August 2014 zurücktrat und Haidar al-Abadi Premierminister wurde (Kurdistani Nwe, 21.08.2014, 6462, 1). Es kam schlimmer für die irakische Verwaltung, da unter anderem die kurdischen Fraktionen und Peschmerga-Truppen in der ARK im Kampf gegen den IS zu zuverlässigen Verbündeten der internationalen Anti-IS-Koalition wurden. So bekamen sie nicht nur moderne Waffen, sondern auch erhebliche finanzielle Mittel und konnten die Stadt Kirkuk sowie andere von den Kurden beanspruchte *«umstrittene Gebiete»* unter ihre Kontrolle bringen. Damit stand aus Sicht von Masud Barzani der Arbeit für einen unabhängigen Kurdenstaat im Nordirak nichts mehr im Wege. Zudem verkomplizierte die Fatwa von al-Sistani vom Juni 2014, worin er zum Dschihad gegen den IS aufrief, die Lage im Irak zusätzlich. Denn nach dieser religiösen Rechtsprechung kam es zur Gründung von Dutzenden schiitischen Milizen, den sogenannten Hashd al-Sha'bi (*«Volksmobilisierungen»*), die teilweise Iran sehr nahestehen und ihre Befehle direkt aus Teheran erhalten.

Nicht nur die schiitischen Milizen, sondern auch die Verstärkung der sunnitischen Stammeskämpfer, der Ausbau der Kapazitäten der Anti-Terror-Einheiten (*«Golden Division»*), der Bundespolizei und der lokalen Polizei sowie der kurdischen Peschmerga-Einheiten gegen den IS führten zu einer Militarisierung des Irak, die auch nach dem territorialen Ende der IS-Herrschaft im Jahr 2017 kaum Raum für Entspannung liess.

Abbildung 9: Die Konfliktlinien innerhalb der Anti-IS-Kräfte im Irak



Quelle: eigene Darstellung

4.7 Die Eskalation zwischen Erbil und Bagdad ab 2017

Bereits während des Kampfes der Anti-IS-Kräfte um Mossul im Januar 2017 gab Masud Barzani in einem Interview mit der «Washington Post» bekannt, dass er immer davon geträumt habe, einen kurdischen Staat zu gründen (Xebat, 23.01.2017, 5197, 1). «Nachdem dieser Staat bekannt gegeben wird, werde ich keine politischen Posten mehr übernehmen», so Barzani weiter (ebd.). Damit stellte er klar, dass die Kurden nicht Teil des Irak bleiben sollten. Da Barzani im Laufe der Zeit der alleinige Entscheidungsträger in der ARK wurde und die Unabhängigkeit vom Irak bereits im Jahr 2004 der Wunsch der meisten Kurden im Irak war, traute sich kaum jemand in der ARK, Einwände zu erheben. Auch die Warnungen der internationalen, regionalen und lokalen Kräfte vor einem solchen Schritt konnten Barzani nicht davon abhalten, an einem Referendum über die Unabhängigkeit der ARK vom Irak zu arbeiten. Aus seiner Sicht war die Zeit reif, weil unter anderem die kurdischen Kräfte über die umstrittenen

Gebiete» herrschten und die gewünschte Grenze Kurdistans festlegen konnten. Weitere Faktoren, die Barzani womöglich dazu ermutigten, dem Staat Irak den Rücken zu kehren und ihn für nicht handlungsfähig zu erklären, waren der permanente Kampf der irakischen Kräfte gegen den sunnitischen Widerstand, mehrere Millionen Binnenflüchtlinge und Vertriebene, die enormen Kosten des Krieges, der Verfall des Ölpreises ab 2013, die zunehmenden Streitigkeiten zwischen Bagdad und Erbil und die grosse Anerkennung, die die kurdischen Peschmerga-Einheiten auf der internationalen Ebene im Kampf gegen den IS erfuhren.

Barzani selbst scheint bereits 2015 bei seinen Reisen in Deutschland, Frankreich, den USA und weiteren westlichen Staaten bemerkt zu haben, dass das Thema der Unabhängigkeit Kurdistans nicht mehr tabu war, nicht zuletzt weil die kurdischen Peschmerga-Truppen den IS tapfer und erfolgreich bekämpft hätten (Barzani 2020, 70 ff.). Dem irakischen Premierminister Haidar al-Abadi soll er im gleichen Jahr im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz in Deutschland mitgeteilt haben, er plane die Unabhängigkeit des irakischen Kurdistan und hoffe, dass sich Bagdad und Erbil friedlich voneinander trennen würden (ebd., 70). Weiter dürften seine guten Beziehungen zur Türkei und zu den sunnitischen Golfstaaten dazu beigetragen haben, dass er mit einem Referendum Fakten schaffen wollte. Die PUK wollte hingegen im Rahmen des Staates Irak eine Lösung für die bestehenden Unstimmigkeiten zwischen Bagdad und Erbil finden. Zudem intensivierte die Partei ihre Bemühungen zur Klärung der Probleme zwischen den kurdischen Parteien und Gruppierungen (Kurdistani Nwe, 01.02.2017, 7183). Die Spannungen zwischen der DPK und einigen Flügeln der PUK nahmen nicht ab, während die DPK eine weitere politische Krise in der ARK auslöste: Die Partei vertrieb Ende 2015 den kurdischen Parlamentspräsidenten der *Gorran*-Liste aus Erbil und sistierte die Arbeit des Parlaments. So gesehen waren eigentlich weder innenpolitisch noch ausserpolitisch günstige Rahmenbedingungen für die Gründung eines Staates im Norden des Irak gegeben.

Doch die Eskalation der Spannungen zwischen Bagdad und Erbil nach dem Entscheid des irakischen Parlaments, dass nur die irakische und keine kurdische Flagge in Kirkuk gehisst werden dürfe, empörte einige kurdische Fraktionen zusätzlich und führte dazu, dass die Stimmen gegen die irakische Regierung auch bei den dem Irak nahestehenden Fraktionen laut wurden. So nahm die PUK diese Entscheidung zum Anlass dafür, in einer Sitzung des Politbüros der Partei zu beschliessen, dass ernsthafte Schritte für das Referendum und die Unabhängigkeit Kurdistans in die We-

ge geleitet werden sollten (Kurdistan Nwe, 02.04.2017, 7230, 1). Schliesslich riefen die DPK und die PUK im April 2017 alle kurdischen Gruppierungen auf, das bevorstehende Referendum zu unterstützen. Die Unabhängigkeit Kurdistans, so die Argumentation der beiden Parteien, könne auch zur Beseitigung der innerkurdischen Probleme führen (Xebat, 04.04.2017, 5243). Dieses Vorgehen wurde jedoch seitens der *Gorran*-Bewegung harsch kritisiert, weil es aus ihrer Sicht nicht demokratisch war, da in der ARK das Parlament ausgesetzt worden war (Awene, 18.04.2017, 573, 1). Interessant ist, dass sowohl der Beschluss, die irakische Neuordnung zu unterstützen, als auch jener, sich vom Irak zu trennen, tatsächlich ausschliesslich in der Verantwortung der DPK und der PUK lag; die Idee der Sezession vom Irak kam jedoch mehrheitlich von Masud Barzani und der DPK. Das kurdische Parlament als Vertreter der kurdischen Bevölkerung hatte bei den beiden Beschlussfassungen nichts zu sagen – keine der beiden Entscheidungen wurde demokratisch getroffen. Dass die kurdische Zivilbevölkerung nicht Teil des Irak sein wollte, hatte sie bereits 2004 und 2005 zum Ausdruck gebracht – jedoch nicht, weil sie von der kurdischen Verwaltung begeistert gewesen wäre, sondern weil sie mittlerweile über neun Dekaden hinweg von der Zentralregierung in Bagdad enttäuscht war.

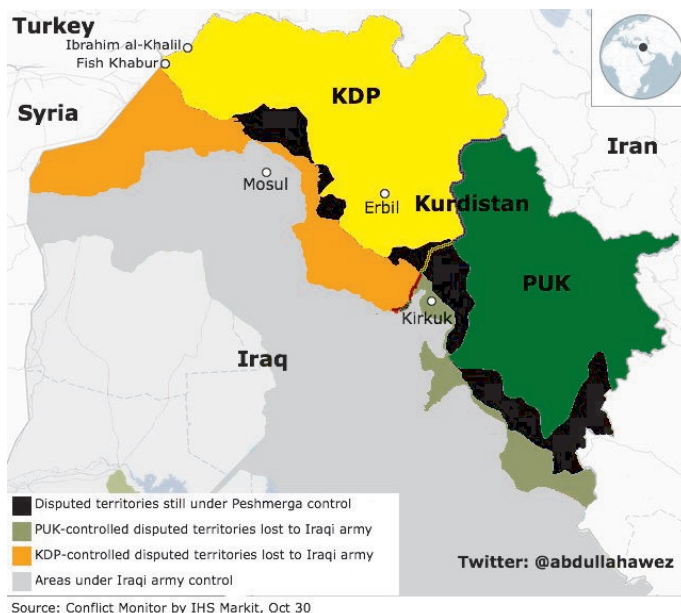
Auch die Warnung aus Washington vor den möglichen Folgen des Referendums brachte Barzani nicht dazu, von der Idee abzurücken. So machte der amerikanische Botschafter im Irak, Douglas Silliman, darauf aufmerksam, dass es für die Kurden im Irak drei Möglichkeiten gebe: Die erste und beste Möglichkeit sei, das Referendum zu verschieben; die zweite Möglichkeit sei, es ohne Kirkuk abzuhalten. Werde aber der dritte Weg gewählt und das Referendum auch in Kirkuk abgehalten, dann werde es zu einem grossen Krieg kommen (Awene, 12.09.2017, 592, 1). Masud Barzani war jedoch entschlossen, die Kurden über ihr Schicksal in allen von den Kurden kontrollierten Gebieten abstimmen zu lassen, weil seiner Meinung nach «die Unabhängigkeit das einzige Mittel gegen den kurdischen Schmerz wäre» (Xebat, 01.08.2017, 5320, 1). Weiter wollte er mit dem Referendum der Welt sagen, dass die Kurden die Unabhängigkeit wollten (Xebat, 21.09.2017, 5353, 1). Entsprechend kam es am 25. September 2017 zur Abstimmung über eine mögliche Unabhängigkeit der kurdischen Gebiete vom Irak, die wenig überraschend von über 92 Prozent der Stimmberechtigten angenommen wurde. Die irakische Zentralregierung wies das Referendum umgehend zurück und drohte mit Konsequenzen, sollten die kurdischen Behörden das Ergebnis des Referendums nicht ablehnen. Das irakische Parlament und die Zentralregierung entschieden ohne die Kur-

den und mit Beteiligung der sunnitischen und schiitischen Fraktionen, dass die ARK die Kontrolle über ihre Grenzen und Flughäfen an Bagdad abzugeben habe. Nachdem Erbil die Drohungen aus Bagdad ablehnte, kam es zur Schliessung des Luftraums über der ARK.

Die weiteren Eskalationen der Lage führten schliesslich zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Peschmerga-Kämpfern einerseits und den Pro-Bagdad-Kräften (irakische Armee, Bundespolizei, Anti-Terror-Einheiten, schiitische Milizen, iranische und türkische Militärs) andererseits. Dabei verloren die kurdischen Truppen innert kürzester Zeit Kirkuk und andere von den Kurden beanspruchte «umstrittene Gebiete». Die irakische Kontrolle über Kirkuk am 16. Oktober 2017 kam allerdings deshalb so schnell zustande, weil ein Teil der PUK-Peschmerga mit Bagdad kooperierte und nicht kämpfen wollte. Barzani bezeichnete bei seiner Rücktrittserklärung als Präsident der ARK diese Gruppe⁵⁰ als Verräter des Vaterlandes. Weiter gab er bekannt, dass niemand das Referendum und die Stimmen von über drei Millionen Menschen rückgängig machen könne (Xebat, 30.10.2017, 5380, 3). Somit standen die kurdischen Einheiten mehr oder minder dort, wo sie bereits 1992 gestanden hatten. Zum Verhängnis wurde den Kurden, dass sie keine einheitlichen Streitkräfte hatten, sondern Peschmerga-Einheiten, die jeweils von der DPK und der PUK kontrolliert wurden. Des Weiteren verstiessen die kurdischen Fraktionen gegen die irakische Verfassung, indem sie ein Referendum über die Unabhängigkeit vom Irak abhielten. Ihrerseits verletzte die irakische Regierung wiederum die Verfassung, indem sie die Armee gegen die Kurden einsetzte, obwohl Artikel 9 Buchstabe A dies untersagt.

50 Eine Gruppe um den Sohn (Bafel Talabani) und den Neffen (Lahur Scheich Jangi) des bereits verstorbenen Präsidenten der PUK, Jalal Talabani, war vermehrt gegen den Machtzuwachs der Barzani-Familie und wollte ihn stoppen. Aus diesem Grund arbeitete sie mit der irakischen Regierung zusammen und sorgte dafür, dass die Barzani-Familie und die DPK eine herbe Niederlage erlitten. Das führte allerdings dazu, dass die Spannungen in der ARK markant zunahmen.

Abbildung 10: Von Pro-Bagdad-Kräften eroberte Gebiete im Oktober 2017



Quelle: Hawez (2017)

Mit Blick auf die irakische Offensive gegen die kurdischen Peschmerga und die Folgen des Referendums meint Divisionär Sidiq:

«Ich persönlich bin der Ansicht, dass es gemäss allen menschlichen und himmlischen Normen unser Recht ist, ein Referendum darüber abzuhalten, was wir wollen und wie wir leben wollen. Das Referendum wurde [von Bagdad] nur als Vorwand benutzt, um kurdische Gebiete zu erobern. Auch ohne das Referendum hätten sie [die Iraker] uns angegriffen, um unsere Gebiete, die wir im Kampf gegen Daesh befreit und verteidigt haben, zu erobern» (siehe Anhang II).

Seine Ansichten über das Referendum formuliert Dr. Mahmud Othman wie folgt:

«Ich habe meine Meinung bereits in den Medien kundgetan: Ich war dafür, dass das Referendum verschoben wird, weil die ganze Welt dagegen war. Du machst das Referendum, damit du die Unabhängigkeit erklärst, aber wenn die Unabhängigkeit verboten ist, wieso machst du es

dann? Das Referendum wurde gemacht, weil die Parteien so entschieden haben. Iran, dem Irak und der Türkei war es aber recht, dass wir das Referendum machen, damit sie uns angreifen und Kirkuk und andere Gebiete erobern. Die Parteien konnten das Referendum in den kurdischen Gebieten ausserhalb der kurdischen Kontrolle abhalten, weil das gemäss Artikel 140 verfassungskonform wäre. Trotz alledem habe ich mit Ja abgestimmt und Werbung für das Referendum gemacht, weil es um die Kurdenfrage geht» (siehe Anhang 4).

Stran Abdullah seinerseits schätzt die Lage folgendermassen ein:

«Immer wenn ich mit meinen schiitischen Kollegen spreche, sage ich ihnen, dass ein Schiit atheistisch, säkular usw. sein kann, aber du wirst nie einen Schiiten finden, der Ali nicht mag. Das gleiche Prinzip gilt auch für die Kurden: Du wirst nie einen Kurden finden, der sagen wird, dass er die Unabhängigkeit Kurdistans nicht will. Innenpolitisch waren wir jedoch in Kurdistan nicht gut auf das Referendum vorbereitet, weil die politische Macht monopolisiert ist, die Kurden sich nicht einig waren und es sehr viele wirtschaftliche und soziale Probleme gab. Das politische Umfeld und die Vorbereitung der Bevölkerung auf das Referendum waren nicht gut. Man wollte das Referendum als die Errungenschaft einer einzigen Person, nämlich Masud Barzanis, verkaufen» (siehe Anhang 7).

Karwany ist ähnlicher Meinung wie Abdullah, allerdings seien die DPK und die PUK unzureichend vorbereitet gewesen:

«Das Referendum wurde mit einem Jahr Verspätung abgehalten. Wenn es früher abgehalten worden wäre, hätte es viel mehr Chancen gehabt, erfolgreich zu sein. Das Referendum war gut, aber es gab zwei Dinge, die als Vorbereitung hätten gemacht werden müssen. Die strategische Hauptschwäche des Referendums war, dass es keinen innerkurdischen Konsens darüber gab. Kurdistan befand sich in einer turbulenten Zeit, es gab keinen Konsens und einige kurdische Kräfte waren gegen das Referendum. Und diejenigen, die dafür waren, waren nicht mit ganzem Herzen dabei, wie die PUK. Das hat später zur Katastrophe vom 16. Oktober 2017 geführt. Wenn es einen innerkurdischen Konsens über das Referendum gegeben hätte, wäre es erfolgreich verlaufen und hätte – wenn auch nicht sofort – zu einem späteren Zeitpunkt zu einem unabhängigen Staat und zur Lösung der geografischen Grenzen geführt. Aber das Referendum wurde von der Welt aufgrund des innerkurdischen Kon-

flikt es nicht wie die Frage einer Nation, sondern wie das Anliegen einiger Parteien betrachtet. Trotz alledem hat das Referendum die Grenzen Kurdistans definiert und der Weltgemeinschaft gezeigt, dass die Kurden Alternativen haben, sollte ihre Frage langfristig nicht gelöst werden» (siehe Anhang 9).

Damit meint Karwany wohl, dass die Kurden zukünftig im Falle einer erneuten Eskalation der Spannungen mit Bagdad anhand des Abstimmungsergebnisses die Unabhängigkeit erklären würden. Wenig überraschend führte das Referendum zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen Erbil und Bagdad und stellte das Prinzip des Konsenses im Irak grundlegend infrage. Denn es wurden im September und Oktober 2017 seitens des irakischen Parlaments innert kurzer Zeit mehrere Entscheidungen gegen die ARK getroffen, ohne dass die Kurden bei der Entscheidungsfindung anwesend gewesen wären. Zu einer Normalisierung der Lage kam es dann erst, nachdem es verschiedene Sitzungen zwischen Vertretern der beiden Lager gegeben hatte und die Beschlussfassungen gegen die ARK aufgehoben worden waren. Weil auch bei den Wahlen vom Mai 2018 die Liste der *«Allianz für Reformen»* von Muqtada al-Sadr, der Barzani nahesteht, mit 54 Sitzen die stärkste Kraft wurde, verbesserten sich die Beziehungen der DPK zu Bagdad. Die DPK ihrerseits erreichte 26 Sitze, während die PUK 18, die *«Rechtsstaatskoalition»* 25, die Fatah-Koalition der proiranischen schiitischen Milizen 47 und die *«Sieg-Allianz»* von Haidar al-Abadi 42 Sitze erhielten. Andere kurdische Gruppierungen bekamen 13 Sitze (*Gorran* 5, *«Neue Generationsbewegung»* 4, IGK 2 und IUK 2).

Was die Politik der DPK und der PUK im Irak anbelangt, so verabschiedeten sie sich von ihren bisher bestehenden Übereinkünften und traten bei der Wahl des Präsidenten des Irak zum ersten Mal gegeneinander an. Der Kandidat der PUK, Barham Saleh, gewann die Wahl und wurde mit 219 Stimmen der 272 anwesenden Parlamentsmitglieder der neue Präsident des Irak (Kurdistan Nwe, 03.10.2018, 7679, 1–2). Als Premierminister bestätigte das Parlament allerdings mit Adel Abdul-Mahdi einen Freund von Masud Barzani. Entsprechend gab die DPK schnell bekannt, seine Regierung zu unterstützen (Xebat, 25.10.2018, 5619, 1). Der neue Start der kurdischen Fraktionen im Irak nach dem Referendum war jedoch schwierig geworden, weil sie nicht mehr einheitlich auftraten und in hohem Masse zerstritten waren. Das dürfte auch ihre Position gegenüber Bagdad geschwächt haben. Da allerdings auch die schiitischen und die sunnitischen Gruppierungen unterschiedliche politische Gesinnungen hatten und oft

keinen gemeinsamen Nenner fanden, blieb der Konsens für sie alle die einzige Möglichkeit, damit der Irak überdauern konnte. Das führte unter anderem dazu, dass der politische Prozess trotz Hindernissen aufrechterhalten wurde und der Irak zwischen 2003 und 2018 fünf Premierminister hervorbrachte. Eine Art ‹Demokratie der Zerstrittenheit› oder ‹defekte Demokratie›⁵¹ war im Irak entstanden, was eine gewisse Stabilität und grösstenteils freie Wahlen ermöglichte.

51 Defekte Demokratien können als Herrschaftssysteme charakterisiert werden, die sich durch das Vorhandensein regelmässiger, hinreichend allgemeiner, freier und fairer sowie effektiver Wahlen auszeichnen, aber durch signifikante Beeinträchtigungen weiterer Prinzipien der liberalen Demokratie jene komplementären Stützen verlieren, die in einer liberalen Demokratie für die Sicherung von bürgerlicher Freiheit, politischer Gleichheit und rechtsstaatlicher Kontrolle politischen Handelns notwendig sind (Croissant 2002, 32). Intakte Demokratie meint hingegen eine stabile, nicht defekte Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht, offenem Wettbewerb und intaktem Rechtsstaat (Schmidt 2012, 2).

